

Ausgewählte Texte zur Unterrichtsreihe „Kinderarbeit abschaffen?!“

Entsprechend der Vielschichtigkeit des Themas ist auch die Auswahl der Texte vielfältig. Diese Zusammenstellung versteht sich als Recherchehilfe und ist in verschiedenen Schwerpunkten angelegt. Häufig sind zu den Schwerpunkten mehrere Texte zur Auswahl vorhanden. Die einzelnen Schwerpunkte sind unterschiedlich anspruchsvoll. Einen leichten Zugang bieten die Schwerpunkte Fairer Handel oder Kindergewerkschaften. Dagegen ist der Schwerpunkt zur ILO-Roadmap sehr anspruchsvoll und umfangreich, denn zwei Texte sind in der englischen Originalfassung (ILO Roadmap + Nobel Lecture), da es leider keine deutsche Übersetzung des Dokumentes gibt. Bei diesen und je nach Fähigkeiten der Schüler/-innen auch bei anderen Texten bietet es sich an, die Texte in Abschnitte zu teilen und an einzelne Schüler/-innen oder Kleingruppen zu vergeben. Bitte wählen Sie daher aus, welche Schwerpunkte für Ihre Schüler/-innen passend sind.

Fairer Handel und Kinderarbeit	2
Auszug aus einer Broschüre von fairtrade Deutschland	2
FAIRTRADE IN ZAHLEN – REICHWEITE UND WIRKUNG - FÜNFTER MONITORINGBERICHT 2013	4
ILO-Roadmap for Achieving the Elimination of the Worst Forms of Child Labour by 2016	6
Alternativtreffen von MOLACNATs, ProNATs und ITALIANATs vom 9. bis 11. Mai in Den Haag.	11
ILO-„Roadmap“ – ein Fahrplan in die Sackgasse. Anmerkungen zu einem vergeblichen Dokument ohne Legitimation	14
Bolivien und die Legalisierung von Kinderarbeit	20
Ausbeutung ächten – Arbeit achten	20
Kinderstimmen aus Bolivien	21
Erwachsene zum neuen Kinderarbeitsgesetz in Bolivien	22
Medienberichterstattung in Deutschland	24
Neues Gesetz in Bolivien: Kinderarbeit - ganz legal	24
Auf dem Umweg zum Ziel	25
Lasst uns doch in Ruhe arbeiten!	27
Kindergewerkschaften	30
pronats e.V. über die Bewegungen arbeitender Kinder und Jugendlicher	30
Die Forderungen von Kundapur 1996	33
Kailash Satyarthi, Friedensnobelpreisträger 2014	34
Kämpfer gegen Kindersklaverei – Artikel der FAZ	34
Kailash Satyarthi - Nobel Lecture	36

Fairer Handel und Kinderarbeit

Auszug aus einer Broschüre von fairtrade Deutschland

Bildung statt Ausbeutung

Weltweit müssen nach Schätzungen von Unicef rund 150 Millionen Kinder arbeiten – viele davon unter ausbeuterischen Bedingungen. Die Arbeitsgebiete, in denen man Kinderarbeit findet, sind vielfältig. Insbesondere in der Landwirtschaft kommt es laut Internationaler Arbeitsorganisation (ILO) zu besonders vielen Fällen von Kinderarbeit. In die Schule gehen diese Kinder meist nicht. Unter den gesundheitlichen und seelischen Folgen ausbeuterischer Arbeit leiden sie ein Leben lang. Eltern haben oft keine andere Wahl, als die Kinder zum Arbeiten zu schicken, da sie unter extremer Armut leiden. Die bittere Armut in den Entwicklungsländern des globalen Südens gilt unter den vielschichtigen Ursachen als einer der Hauptgründe für Kinderarbeit.

Faire Handelsstrukturen gegen Armut

Der Faire Handel betrachtet Kinderarbeit nicht als individuelles Problem der betroffenen Familien, sondern als Folge eines ungerechten Welthandelssystems. Faire Handelsstrukturen zu fördern ist – neben internationalen Konventionen und nationalen Gesetzen gegen Kinderarbeit – entscheidend für den Schutz der Kinder und zur Reduzierung von Armut. Durch Fairtrade erhalten Produzentenorganisationen Preise für ihre Rohstoffe, die für die Familien existenzsichernd sind. Die Fairtrade-Standards verpflichten Händler, bis zu 60 Prozent der Ernte vorzufinanzieren. Das ermöglicht den Kleinbauernkooperativen die Zeit bis zur nächsten Ernte zu überbrücken. Fairtrade-Prämie für Gemeinschaftsprojekte Zusätzlich erhalten die Produzentenorganisationen eine Fairtrade-Prämie. Sie wird in Projekte investiert, die der Gemeinschaft zu Gute kommen. Ob Stipendien für die Kinder, ein neues Schulgebäude, Weiterbildungsmaßnahmen oder Gesundheitsprävention – wie die Prämie investiert wird, entscheiden die Kooperativen bzw. Beschäftigten der Plantagen selbständig und demokratisch. Das fördert den Zusammenhalt und verringert das Risiko ausbeuterischer Kinderarbeit. Die Mehreinnahmen aus dem Fairen Handel ermöglichen vielen Familien, ihre Kinder statt zur Arbeit zur Schule zu schicken.

Mit Fairtrade gegen ausbeuterische Kinderarbeit

Eigentlich sollten sie zur Schule gehen und mit ihren Freunden spielen – doch für viele Kinder sieht die Wirklichkeit ganz anders aus. Ein Produkt wird nur mit dem Fairtrade-Siegel ausgezeichnet, wenn es den internationalen Fairtrade-Standards entspricht. Dazu gehören auch Kriterien gegen ausbeuterische Kinderarbeit, wie sie von der ILO definiert sind. Fairtrade erkennt an, dass Kinder sehr armer Familien mitarbeiten, da das Einkommen der Kinder für sie lebensnotwendig ist. Kinder unter 15 Jahren dürfen aber nur bei ihren Eltern zuhause oder auf dem Feld nach der Schule oder in den Ferien aushelfen, wenn dabei folgende Bedingungen eingehalten werden:

- Die Arbeit der Kinder darf ihrem Schulbesuch nicht im Wege stehen und nicht so belastend sein, dass sie ihren Schulabschluss behindert.
- Die Arbeit darf weder die soziale, sittliche oder physische Entwicklung des Kindes, noch dessen Gesundheit beeinträchtigen.
- Die Arbeitszeiten dürfen ein angemessenes Höchstmaß nicht überschreiten.
- Ein Familienmitglied muss das Kind anleiten und beaufsichtigen.

Plantagen müssen innerhalb des ersten Jahres ihrer FairtradeZertifizierung den Kindern aller fest angestellten Mitarbeiter Zugang zu Bildung ermöglichen. Diese Regeln gelten für Fairtrade-

zertifizierte Kleinbauernorganisationen genauso wie für Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Einhaltung der Standards überprüft die unabhängige Zertifizierungsorganisation FLO-Cert. Um Produzentenorganisationen für die Rechte und den Schutz von Kindern zu sensibilisieren, werden von Fairtrade International (FLO) vor Ort Schulungen und Trainings angeboten. Fairtrade verpflichtet sich, Kinder aktiv zu schützen, die sich an Fairtrade mit Berichten über Missbrauch und/oder Ausbeutung wenden, und ergreift Maßnahmen zur Gewährleistung ihrer Sicherheit.

Bewusstsein schaffen für Kinderrechte

Sämtliche Fälle von Kindesmisshandlung und Ausbeutung werden an die dafür zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von FLO und FLO-Cert gemeldet. Diese melden den Fall wiederum den Behörden beziehungsweise einer entsprechenden Kinderschutzorganisation, um das Wohlergehen der betroffenen Kinder sicherzustellen. Anstelle harter Bestrafungsmaßnahmen, die die Kinder und ihre Familien möglicherweise weiter in Armut drängen, ist es das Ziel des Fairen Handels, Hilfe bei der Lösung der Probleme zu leisten. Um zukünftig noch stärker präventiv gegen Kinderarbeit vorgehen zu können, arbeitet Fairtrade eng mit den Produzentenorganisationen vor Ort zusammen. Dazu gehören einerseits Gespräche mit den Kindern, andererseits auch Bewusstseinsförderung für die Rechte von Kindern innerhalb der dörflichen Strukturen.

„Die Welt ändert sich und unsere Kinder müssen heute ganz andere Dinge lernen als wir früher. Ohne Computerkenntnisse bekommt man in Indien keinen guten Job mehr. Deshalb haben wir einen Computerschulungsraum eingerichtet. Der ist ausschließlich Mädchen und jungen Frauen vorbehalten. Unsere Söhne können auch alleine in die nächste Stadt fahren, um etwas zu lernen, doch für ein Mädchen wäre das in unserer Kultur nicht passend. Aber sie sollen trotzdem eine gute Ausbildung erhalten, und die bekommen sie nun hier in unserem eigenen Schulungsraum.“ Hardjinda Singh (43), Reis-Kooperative Sunstar, Indien.

„Dank des Fairen Handels können unsere Kinder auf eine gute Schule gehen und eine gute Ausbildung bekommen. Und mit den nächsten Fairtrade-Geldern werden wir weitere Verbesserungen einführen. Darauf freue ich mich schon!“ Tangam (31), Mutter von drei Kindern. Teepflückerin, Burnside Tea, Indien.

Schule geht vor... Fairtrade ist ein Instrument zur Armutsbekämpfung und öffnet so Kindern in den Ländern des globalen Südens Wege in eine bessere Zukunft. „Die Fairtrade-Prämie ermöglicht mehr Projekte für die lokalen Gemeinden, als eine Regierung je realisieren könnte. Durch die Prämie können mehr Bauernfamilien der Kasinthula-Kooperative ihre Kinder auf weiterführende Schulen und Colleges schicken und die Grundschule, die mit Fairtrade-Geldern im Dorf Chinangwa gebaut wurde, steht auch den Kindern aus den Nachbardörfern Mvula und William offen.“ Elod Chibowo (34), Zuckerkooperative Kasinthula, Malawi.

„Fairtrade bedeutet für ProGua nachhaltig Verantwortung zu übernehmen! Unser fair gehandelter Kaffee stammt von Fairtrade-zertifizierten Kooperativen in Guatemala. Außerdem haben wir den Aufbau einer Schule in einer Produzenten-Kooperative für Kinder aus der gesamten Region unterstützt. Einmal im Jahr besuchen wir unsere Partner in Guatemala, denn der persönliche Kontakt ist uns besonders wichtig.“ Dominik Ruf, ProGua e.V., Düsseldorf

„Wir gehören zu den Lizenznehmern der ersten Stunde bei Transfair. Um ausbeuterische Kinderarbeit zu verhindern ist es wichtig, dass Kaffeeproduzentinnen und -produzenten fair bezahlt werden. Nachhaltig und fair zu handeln ist eine Herzensangelegenheit für uns.“ Werner Vahstall, Kaffeerösterei Hubert Tempelmann GmbH & Co. KG, Dorsten

„Unsere Mens' and Ladies' T-Shirts werden aus Fairtrade Bio-Baumwolle hergestellt. Dabei wird bewusst auf Pestizide und den Einsatz genmanipulierter Saat verzichtet, da diese mit erheblichen gesundheitlichen Risiken für die Bauern und ihre Familien verbunden sind. Fairtrade fördert nachhaltigen Anbau und sichert eine faire Bezahlung, darüber hinaus werden über eine zusätzliche Fairtrade-Prämie lokale soziale Projekte finanziert.“ David Finke, FairTrade Merch, Bielefeld

„Derbystar unterstützt schon seit den neunziger Jahren Projekte gegen ausbeuterische Kinderarbeit. Als Fairtrade die Zertifizierung für Fußbälle einführte, haben wir gerne mitgemacht, weil durch die Fairtrade-Prämie zusätzlich Geld in soziale und Bildungsprojekte fließt und so auch den Kindern zugutekommt. Uns gefällt an Fairtrade, dass es ein Gesamtkonzept ist, Entwicklung, faire Preise und Zertifizierung.“ Joachim Böhmer, Derbystar, Goch

http://www.fairtrade-deutschland.de/fileadmin/user_upload/materialien/download/2013_02_21_Broschuere_Kinderarbeit_RZ_FINAL.pdf abgerufen am 03.02.2015

FAIRTRADE IN ZAHLEN – REICHWEITE UND WIRKUNG - FÜNFTER MONITORINGBERICHT 2013

Quelle: Fairtrade Deutschland

[...]

3.7 Minderjährige und Fairtrade

Der Umgang mit potentiellen und aktuellen Fällen von Kinderarbeit

Das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen in Fairtrade-Gebieten ist weiterhin eines von Fairtrades Hauptanliegen. 2012 standen für uns produktive Veränderungen und die Stärkung von Gemeinden im Mittelpunkt, um Kinderarbeit sowohl zu bekämpfen als auch zu verhindern und für hochwertige Bildung zu sorgen. Fairtrade reagierte auf Fälle oder Vorwürfe von Kinderarbeit in Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Ghana, Madagaskar, Südafrika, Swasiland, Sambia, Ecuador, Kolumbien, Peru, El Salvador, Nicaragua, Honduras, Bolivien, Indien und Fidschi. Wir führten drei ausführliche Kinderschutzprüfungen durch in Reaktion auf Vorwürfe schwerer Formen von Kinderarbeit in Fairtrade-Einrichtungen und setzten uns gemeinsam mit Vertretern lokaler Regierungen, Menschenrechtsorganisationen und betroffenen Unternehmen für eine systematische Lösung des Problems innerhalb betroffener Gemeinden ein. Fairtrade International intensivierte seine Zusammenarbeit mit Plan International an der Entwicklung und dem Testlauf eines Trainingsprogramms für ein Kontroll- und Korrektursystem gegen Kinderarbeit, durchgeführt von Gemeindemitgliedern unter Einbeziehung von Jugendlichen.

Fokusgruppen mit Kindern, die eine Schule besuchen

Im Jahr 2012 führte Fairtrade eine Untersuchung in Fairtrade-Gebieten in Sambia, Burkina Faso und Indien mit Fokusgruppen aus rund 145 Mädchen und Jungen im Alter von 8 bis 17 Jahren durch, die eine Schule besuchten. Über diese Auseinandersetzung wollten wir uns Klarheit über die Risiken für sicheres Lernen und die Arbeit im Familienbetrieb verschaffen, bis hin zu der Frage, ob diese jungen Menschen sich für eine Berufslaufbahn in der Landwirtschaft entscheiden würden. Nur zwei Mädchen der 145 Kinder und Jugendlichen meinten, dass eine landwirtschaftliche Tätigkeit ihnen eine sichere Zukunft bieten könnte und sie sich bewusst für einen landwirtschaftlichen Beruf entscheiden würden. Auf die Frage, wer zukünftig einer landwirtschaftlichen Tätigkeit nachgehen würde, meinten die meisten Kinder und Jugendlichen, dass diese von „Ungebildeten“, „Wanderarbeitern aus ärmeren Regionen oder Ländern“ und / oder „Großeltern oder anderen Familienmitgliedern“ ausgeübt würden. Einige

meinten, dass „es keine Landwirtschaft in ihrer Umgebung“ geben würde, wenn sie erwachsen sind, auf Grund von zu wenig Freiflächen, Städtebau und der Verlagerung von landwirtschaftlicher zu nichtlandwirtschaftlicher Produktion. Die Kinder und Jugendlichen der Fokusgruppen wurden um ihre Empfehlungen gebeten, wie Fairtrade landwirtschaftliche Tätigkeiten für junge Menschen attraktiver gestalten kann. Vorschläge aus Sambia umfassten, dass Bauern höhere Einkommen und Arbeitskräfte bessere Löhne benötigten und dass das Jäten von Unkraut und Spritzen maschinell erfolgen sollte, subventioniert oder kostenfrei. In Burkina Faso meinten Schülerinnen und Schüler, dass das Pflügen auf bio- und Fairtradezertifizierten Farmen die unattraktivste Aufgabe sei und besser Kühe oder Ochsen für diese Arbeit zur Verfügung gestellt werden sollten. Außerdem merkten sie an, dass das Einkommen nicht attraktiv und die Arbeitsbedingungen extrem hart seien. In Indien schlugen die befragten Schülerinnen und Schüler auch höhere Einkommen, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Maschinen für körperlich belastende Tätigkeiten wie das Pflücken vor. Alle Kinder und Jugendlichen gaben an, dass sie an Wochenenden und in den Ferien an Arbeiten auf ihren landwirtschaftlichen Familienbetrieben beteiligt werden und die Mehrzahl von ihnen fand, dass sie eine Entlohnung für ihren Beitrag zum Haushaltseinkommen verdient hätten oder ihnen die Ergebnisse ihrer Arbeit zustünden. Alle Kinder und Jugendlichen gaben an, in irgendeiner Form Arbeiten an ihrer Schule zu übernehmen: vom Putzen des Klassenzimmers oder der Toiletten bis zur Arbeit auf schuleigenen Farmen.

Fortbildungen zu Kinderarbeit und Kinderschutz

Alle Fairtrade-Berater vor Ort führten Schulungen zu Kinderarbeit und dem Schutz von Kindern bei Produzentenorganisationen als Bestandteil der grundlegenden Zertifizierungsberatung im Jahr 2012 durch. Insbesondere Produkte und Länder auf der Watch List für Kinder- und Zwangsarbeit des US-amerikanischen Arbeitsministeriums (US Department of Labour, USDOL) wurden in ausführlichen Schulungen thematisiert. Fairtrade International veranstaltete dreitägige Workshops mit Baumwollproduzenten in Burkina Faso im Februar und in Indien im Mai. Insgesamt rund 100 FairtradeBaumwollproduzenten, zehn Angestellte von Produzentenorganisationen, sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Fairtrade, Vertreterinnen und Vertreter von Fairtrade International, Fairtrade Afrika (FTA) und dem Fairtrade-Netzwerk asiatischer und pazifischer Produzenten (NAPP) nahmen an diesen Schulungen teil. Zwei Vertreter eines US-amerikanischen Unternehmens, das Fairtrade-Baumwolle bezieht, nahmen an der Schulung in Burkina Faso teil. Fairtrade International veranstaltete außerdem dreitägige Workshops in Sambia mit ca. 20 Zuckerbauern, in Nordindien mit Mitgliedern des Fairtrade-Prämienkomitees und Zertifizierungsmanagern auf zwei Fairtrade-Teeplantagen und in Honduras mit der Geschäftsleitung, dem Zertifizierungsmanager und Kontrolleuren für Kinderarbeit einer Kleinbauernorganisation für Kaffee, sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Plan Honduras.

http://www.fairtrade-deutschland.de/fileadmin/user_upload/ueber_fairtrade/2014_Monitoring_Report_de.pdf
abgerufen am 03.02.2015

ILO-Roadmap for Achieving the Elimination of the Worst Forms of Child Labour by 2016

Preamble

- i. A new momentum is necessary if the world is to attain the goal of eliminating the worst forms of child labour by 2016 as agreed upon by the ILO tripartite constituents in the Global Action Plan.¹ Around the world, 215 million boys and girls² are engaged in child labour.³ One hundred and fifteen million of these children are exposed to its worst forms.⁴ Removing these children from the worst forms and offering them a future without child labour is an urgent priority.
- ii. We, participants at the Global Child Labour Conference 2010. Towards a world without child labour – Mapping the road to 2016, representatives from governments, employers' and workers' organizations, non-governmental and other civil society organizations, regional and international organizations, have gathered in the Hague, the Netherlands, on 10 and 11 May 2010, to take stock of progress made since the adoption of the ILO Worst Forms of Child Labour Convention, 1999 (No. 182), to assess remaining obstacles and to agree on measures to accelerate progress towards the elimination of the worst forms of child labour by 2016, while affirming the overarching goal of the effective abolition of child labour, which is reflected in the ILO Declaration on Fundamental Principles and Rights at Work (1998) and ILO Convention, 1973 (No. 138) to which ILO Convention, 1999 (No. 182) is complementary [...]

Part I – Principles and Action

Guiding principles

1. Governments have the primary responsibility for enforcing the right to education for all children, and the elimination of the worst forms of child labour. The social partners and other civil society organizations, and international organizations have important roles in promoting and supporting such action.
2. Government responsibility should be assumed at the highest level and with the best interests of children in mind, taking into consideration the views of children and their families, and should include due attention to the most vulnerable children and the conditions that create their vulnerability. In doing so governments should assess the impact of relevant policies on the worst forms of child labour, taking into account gender and age, put in place preventive and time-bound measures and make adequate financial resources available to fight the worst forms of child labour, including through international cooperation.
3. In a globalized economy, government responsibility includes developing and strengthening policies and programmes, in consultation with social partners, that address child labour issues, in particular the worst forms, in international supply chains.
4. Government actions to combat child trafficking, prostitution, production of pornography and the trafficking of drugs should where necessary include international cooperation.
5. Governments should consider ways to address the potential vulnerability of children to, in particular, the worst forms of child labour, in the context of migratory flows.
6. All actors should work towards strengthening the world wide movement against child labour, including by using traditional and new media. They should – according to their

expertise – raise awareness and sensitize the public on the rights of children to be free from child labour, the value of education and training, and the longer term costs of child labour, in terms of health, employment opportunities, persistent inequalities and intergenerational poverty.

7. There is no single policy that by itself will end the worst forms of child labour. However, evidence has shown that targeted action that simultaneously addresses the implementation and enforcement of legislation, the provision and accessibility of public services (including free, quality compulsory education, training and non-discriminatory social protection services), and the functioning of labour markets, yields high returns in the fight against child labour, including its worst forms. The elimination of child labour should therefore be integrated in broader policy frameworks at national and sub-national levels, and policy coordination should be strengthened through appropriate inter-ministerial mechanisms.

Action by governments

8. Government actions should be guided by the following policy priorities:

8.1 National legislation and enforcement:

8.1.1 Working towards implementation of the ILO Declaration on the Fundamental Principles and Rights at work (1998) and, for states party to the ILO Conventions addressing child labour, full implementation of those conventions, and for states that are not party to those conventions, consideration of ratifications, as well as the optional protocols to the UN Convention on the Rights of the Child;

8.1.2 Adopting and enforcing national legislation against child labour and its worst forms in particular, ensuring that these rights are respected for all children without exception, and ensuring that information on relevant legislation is widely disseminated;

8.1.3 Developing and implementing cross-sectoral national action plans to eliminate the worst forms of child labour as a priority, in consultation with social partners and taking into consideration the views of other parties as appropriate. Providing adequate resources to achieve the goals so established;

8.1.4 Periodically reviewing and updating national lists of hazardous work prohibited for children in consultation with social partners;

8.1.5 Ensuring access to justice by children and their families, including by ensuring that justice systems and processes are child friendly;

8.1.6 Enforcing appropriate sanctions against perpetrators of the worst forms of child labour, strengthening the inspection and monitoring machinery that bring these to light, and documenting court cases. Particular emphasis should be given to strengthening labour inspection, including on occupational health and safety.

8.2 Education and training:

8.2.1 Extending and improving access to free, compulsory, quality education for all children, with a particular focus on girls, and ensuring that all children under the minimum age for employment are in full-time education, and including where appropriate and consistent with relevant international labour standards, in vocational or technical education;

8.2.2 Adopting strategies to remove costs that represent a barrier to education, in particular fees and school supplies;

8.2.3 Adopting strategies to (i) encourage and monitor school enrolment, attendance, retention and reintegration, through, for instance, scholarship and school meal programs

to help poor families reduce the costs of education, and (ii) create a child-friendly learning environment, in which children are protected from abuse, violence and discrimination;

8.2.4 Developing concrete plans and mechanisms to meet the needs of children engaged in the worst forms of child labour as per ILO Convention No. 182 and support their transition into appropriate education or vocational training.

8.3 Social protection:

8.3.1 Implementing strategies, policies and programmes that offer access to and delivery of social and health services to vulnerable and socially excluded households, hard-to-reach children, and children with special needs, where possible including a basic social protection floor;

8.3.2 Fighting discrimination that contributes to child labour;

8.3.3 Supporting families' capacity to protect their children by working towards a system of social protection through, for instance, cash transfer schemes; public works; access to credit, insurance and savings schemes; strengthening and implementing national protection frameworks to protect children from exploitation;

8.3.4 Assisting victims of the worst forms of child labour to prevent their return to child labour.

8.4 Labour market policy:

8.4.1 Taking action to foster a well-functioning labour market, as well as access to vocational training for adults and young people of working age that corresponds with the current and future needs of the labour market so as to facilitate the school to work transition;

8.4.2 Supporting employment creation and promoting decent and productive work for adults and young people of working age, that is consistent with the fundamental principles and rights at work;

8.4.3 Working towards regulating and formalizing the informal economy where most instances of the worst forms of child labour occur, including through the strengthening of state labour inspection and enforcement systems and capacities;

8.4.4 Creating an environment, together with social partners, that aims to combat child labour in supply chains.

Action by the social partners

9. Social partners should be guided by the following priority actions:

9.1 Taking immediate and effective measures within their own competence for the prohibition and elimination of the worst forms of child labour as a matter of urgency including through policies and programmes that address child labour;

9.2 Advocating for the effective abolition of child labour, where appropriate in collaboration with other civil society organizations;

9.3 Advocating for effective training and education policies and for extended access to free, compulsory, quality education up to the minimum age for admission to employment;

9.4 Improving outreach (by workers' organizations) into the economic sectors in which child labour is prevalent, and implementing initiatives in particular sectors;

9.5 Working to ensure that effective systems are in place to combat child labour in supply chains, recognising the usefulness of social dialogue in the design and implementation of

such systems. Publicising, promoting and learning from successful initiatives to combat child labour and in particular its worst forms, with the support, where appropriate, of governments and international organizations.

Action by non-governmental organizations and other civil society actors

10. NGOs and other civil society actors should be guided by the following priority actions:

10.1 Generating support in society for the effective abolition of child labour, including by contributing to knowledge on the extent and impact of child labour, by developing demonstration projects for up-scaling by governments, and by calling upon governments to implement education for all and effective policies against child labour, especially its worst forms;

10.2 Calling upon governments to respect children's rights and ensure that appropriate services are offered to vulnerable children to protect them from child labour, especially its worst forms, and assist those that have been withdrawn from child labour;

10.3 Supporting multi-stakeholder initiatives in sectors of the economy that involve the worst forms of child labour;

10.4 Contributing to monitoring the incidence of child labour and related issues, including through appropriate research and capacity building;

10.5 Engaging children and their families in an inclusive and participatory manner so that policy makers can consider their views when developing policies.

Action by international and regional organizations

11. International and regional organizations should be guided by the following priority actions:

11.1 Providing technical and where appropriate financial assistance to support governments' efforts to mainstream policies regarding the worst forms of child labour into their development strategies at national and local levels, particularly those directed at poverty reduction, health and education, child and social protection, gender equality and human development;

11.2 Promoting an effective partnership across the United Nations and the multilateral system to address child labour, mainstreaming child labour into international policy and development frameworks and indicators and intensifying cooperation regarding child labour, including through the global task force on education and child labour and other existing partnerships, while recognizing the lead role of the ILO in combating child labour;

11.3 Mobilizing additional financing for the effective abolition of child labour, especially in its worst forms;

11.4 Developing further methodologies and capacity to conduct research on child labour, particularly its worst forms, undertaking systematic impact assessments and evaluations of child labour interventions, including the differential outcomes for girls and boys and different age groups, and improving documentation and knowledge sharing;

11.5 Strengthening efforts (together with governments and other relevant partners) to address hazardous work by children particularly in sectors and occupations where child labour is most prevalent;

11.6 Promoting and supporting the continued development of the worldwide movement against child labour, including by supporting the work of the social partners as well as NGOs and others.

Part II – Promotion of the Roadmap and monitoring of progress

12. The promotion of action and monitoring of progress in eliminating the worst forms of child labour is to be undertaken consistent with, and complementary to the ILO supervisory system and reporting mechanisms, and to enhance progress towards the 2016 goal. Recommended actions include:

12.1 The establishment, by governments, of (i) effective national follow-up mechanisms additional to their obligations under ILO Convention No. 182, to review progress to end the worst forms of child labour domestically – such as annual tri-partite meetings - and (ii) national initiatives to monitor progress in eliminating the worst forms of child labour, taking into account national action plans and other time-bound measures, and capitalizing on information available through reporting under existing obligations such as international conventions' supervisory mechanisms and national Millennium Development Goal monitoring systems;

12.2 The founding of a "Global Leaders against Child Labour Initiative", composed of eminent persons in order to promote the Roadmap globally and progress towards the 2016 goal;

12.3 The publication of an annual World Child Labour Report by the "Global Leaders against Child Labour Initiative", in collaboration with the Understanding Children's Work Programme reviewing overall progress towards meeting the 2016 goal and analysing trends and developments. The report is to be published for World Day against Child Labour.

The participants express their gratitude to the government of the Netherlands for hosting this conference pursuant to the Global Action Plan, and acknowledge the intention of the government of the Netherlands to bring this document to the attention of the International Labour Conference and the Review Conference on the Implementation of the UN Millennium Development Goals.

Adopted by acclamation at The Hague Global Child Labour Conference 2010, 11 May 2010.

<http://www.ilo.org/ipeinfo/product/download.do?type=document&id=13453>
abgerufen am 03.02.2015

Alternativtreffen von MOLACNATs, ProNATs und ITALIANATs vom 9. bis 11. Mai in Den Haag



Ausrottung der Kinderarbeit oder würdige Arbeit auch für Kinder? Arbeitende Kinder aus Lateinamerika und europäische Solidaritätsgruppen nahmen während eines Alternativtreffens zur ILO-Child Labour Conference in Den Haag Stellung.

Eine Delegierte des Alternativtreffens in Den Haag verteilt eine Erklärung von MOLACNATs an Teilnehmer_innen der ILO/IPEC-Konferenz

Anlässlich der *Global Child Labour Conference*, die die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) zusammen mit der holländischen Regierung vom 10.-11. Mai in Den Haag veranstaltete, fand vom 9.-11. Mai ebenfalls in Den Haag ein *Alternativtreffen* der Lateinamerikanischen Bewegung arbeitender Kinder und Jugendlicher (MOLACNATs) gemeinsam mit ProNATs e.V., ITALIANATs und anderen europäischen Solidaritätsgruppen statt. An dem Treffen nahmen Kinderdelegierte aus Venezuela, Peru und Paraguay sowie Delegierte aus Deutschland, Italien, Belgien und Frankreich teil. Das Treffen stand unter dem Motto: „Für eine Welt mit menschenwürdiger Arbeit für Kinder und Jugendliche: Schritte bis 2016“.

Fragwürdige Daten zur Kinderarbeit

Zu ihrer Konferenz hatte die ILO einen neuen *Global Report* zur Kinderarbeit vorgelegt („*Accelerating action against child labour*“), in dem sie eingesteht, ihre im letzten Bericht vor vier Jahren gemachte Ankündigung, das Ende der Kinderarbeit sei „zum Greifen nah“, nicht aufrecht erhalten zu können. Nach den neuen Berechnungen der ILO ist die Zahl der arbeitenden Kinder weltweit zwischen 2004 und 2008 nur um drei Prozent von 222 auf 215 Millionen gesunken. „Der Fortschritt ist weder schnell noch umfassend genug, um das Ziel zu erreichen, das wir uns gesteckt haben“, hatte ILO-Generaldirektor Juan Somavía im Vorfeld der Konferenz verkündet. Die Kinderarbeit hat nach den Angaben der ILO zwar bei den 5- bis 14-Jährigen dank einer geringeren Beschäftigung von Mädchen um 10 Prozent abgenommen, aber in Afrika südlich der Sahara und bei den 15- bis 17-Jährigen hat sie zugenommen. Die „schlimmsten Formen der Kinderarbeit“, so die ILO, sind in dieser Altersgruppe sogar um fast 20 Prozent, von 52 auf 62 Millionen angewachsen.

Auf dem Alternativtreffen wurde festgestellt, dass die von der ILO veröffentlichten Daten auf schwankendem Grund stehen. Die Daten basieren erneut auf Kategorien und Erhebungen, die nur einen Bruchteil der Arbeit von Kindern erfassen. Die ILO gibt zwar an, diesmal auch die Arbeit von Kindern jenseits der „*production boundary*“, also auch die nicht-entlohnten Haushaltsdienste und andere „nicht-produktive“ Arbeiten einzubeziehen, doch der vorgelegte Bericht bezieht sich faktisch auf Erhebungen im Zeitraum 2004-2008, bei denen diese neuen Kategorien noch nicht zur Anwendung kamen. Auch der Vergleich mit früheren Angaben ist nicht seriös, da diese auf äußerst lückenhaften und nicht vergleichbaren Erhebungen in wenigen Ländern beruhten. Zum Zustandekommen der neuen Daten wird in einer Fußnote lediglich auf eine „*separate technische Publikation*“ verwiesen, deren Fertigstellung den ILO-Experten dem Vernehmen nach Kopfzerbrechen bereitet.

Ein Grundproblem des ILO-Reports besteht darin, dass die Arbeit von Kindern – wie schon in früheren Berichten und Stellungnahmen – in einer Weise definiert wird, die ungeachtet der vorgenommenen Differenzierungen nur eine grundsätzlich negative Bewertung zulässt. Die Arbeit von Kindern gilt als unvereinbar mit (schulischer) Bildung und wird in erster Linie als „Entwicklungshindernis“ – insbesondere für das wirtschaftliche Wachstum und die Überwindung

von Armut – verstanden. Auf diese Weise wird nicht nur der Blick tunnelartig auf die negativen Aspekte der Arbeit von Kindern begrenzt, sondern es bleiben auch viele lebenswichtige und von Kindern bejahte Tätigkeiten in den statistischen Daten und strategischen Erwägungen der ILO unberücksichtigt. Der Bericht wird zwar nicht müde, die Gefahren der Arbeit für die Kinder zu betonen, aber er lässt jegliche Empfindsamkeit für die konkreten Nöte, Bedürfnisse und Erwartungen der arbeitenden Kinder vermissen.

Humankapital statt Kinderrechte

Ein neuer Akzent im Kampf gegen die Kinderarbeit ergibt sich durch das im *Global Report* bekräftigte Bündnis mit der Weltbank und dem UN-Kinderhilfswerk UNICEF, mit dem eine „weltweite Bewegung gegen Kinderarbeit“ begründet werden sollte. Die arbeitenden Kinder werden nun in erster Linie als Ausdruck für die Verschwendung von „Humankapital“ und sogar in merkwürdiger Verkehrung von Ursache und Wirkung als Grund für die Armut betrachtet. Die neue strategische Grundlinie im Kampf gegen die Kinderarbeit wird in einer „*trade union and business alliance*“ gesehen, die die bisherigen „projektbasierten“ Einzelmaßnahmen wegen deren geringen Reichweite ersetzen soll. Obwohl der Großteil dieser Maßnahmen bisher im Rahmen des ILO-IPEC-Programms zusammen mit NGOs durchgeführt wurde, kommen diese im Bericht nur noch am Rande als Kooperationspartner zur Sprache.

Die im Bericht zu findenden Selbstzweifel über die Wirksamkeit bisheriger Maßnahmen gehen allerdings nicht so weit, auch über die häufig negativen Folgen nachzudenken, die mit vielen Maßnahmen gegen die Kinderarbeit für die Kinder selbst einhergehen. So werden z.B. in Kolumbien, Peru oder Mexiko Kinder, die auf der Straße Essen, Süßigkeiten oder kunsthandwerkliche Produkte verkaufen, unter Verweis auf die ILO-Konventionen und Aktionsprogramme gegen die „schlimmsten Formen der Kinderarbeit“ häufig von der Polizei vertrieben; oder Mütter, die von ihren Kindern bei der Arbeit auf dem Markt begleitet werden, sehen sich gezwungen, ihre Kinder zu verstecken, um nicht wegen „Verletzung der Aufsichtspflicht“ bestraft zu werden. Maßnahmen zum „Schutz“ der Kinder vor den „schlimmsten Formen der Kinderarbeit“ dienen unter der Hand oft der Legitimation „sozialer Säuberungen“ im Interesse reicher Geschäftsleute oder von Tourismusprojekten.

Partizipation der arbeitenden Kinder unerwünscht

Dem in der UN-Kinderrechtskonvention verbürgten Recht der Kinder, in allen sie berührenden Angelegenheiten gehört zu werden und ihre Meinungen vorrangig zu berücksichtigen, wurde weder im ILO-Report noch auf der Konferenz Rechnung getragen. Im Unterschied zu früheren Berichten werden die arbeitenden Kinder und ihre Organisationen nicht einmal mehr als mögliche Partner erwähnt. Dem entspricht, dass sich unter den 380 Teilnehmern der Konferenz zwar zahlreiche Repräsentanten von Regierungen, UN-Organisationen, Banken, Unternehmerverbänden, Gewerkschaften und einiger NGOs befanden, aber kein einziger Repräsentant der Organisationen arbeitender Kinder und Jugendlicher.

Unter den wenigen Wissenschaftlern, die auf der Konferenz vertreten waren, fanden sich fast nur solche, die eng mit der ILO oder der Weltbank verbunden sind und deren Sichtweisen teilen. Kritische Stimmen und eine offene Debatte um die Ziele und anzustrebende Schritte waren offensichtlich nicht erwünscht. Gleichwohl wurde von einigen Delegierten und in der Videobotschaft einer Jugendlichen aus Afrika, die an der Teilnahme verhindert war, der Ausschluss arbeitender Kinder kritisiert. Die „Partizipation“ von Kindern beschränkte sich auf den fünfminütigen dekorativen Auftritt einer holländischen Kindertanzgruppe bei der Eröffnungsveranstaltung und die offenbar abgestimmte Dankesrede eines 14-jährigen ehemaligen Kinderarbeiters aus Indien im Beisein der holländischen Königin am Ende der Konferenz. Der auf der ILO-Konferenz per Akklamation angenommene Fahrplan („Roadmap“), mit dem die völlige Ausrottung der „schlimmsten Formen der Kinderarbeit“ bis 2016 erreicht werden soll, ist im Laufe der Beratungen von einer verbindlichen Selbstverpflichtung zu einem

moralischen Appell herabgestuft worden. In den Leitprinzipien werden die Regierungen zwar ermahnt, „*the best interests of children*“ (im Deutschen meist als „Kindeswohl“ übersetzt) nicht aus dem Auge zu verlieren und die Sichtweisen der Kinder und ihrer Familien zu beachten, aber es wurde eine Passage aus dem ersten Entwurf gestrichen, wonach zur Vermeidung von Risiken kein Kind „ohne adäquate Schutz- und Hilfsangebote“ aus der Arbeit entfernt werden sollte. Dies lässt sich nur so verstehen, dass weiterhin der Durchsetzung des Kinderarbeitsverbots Vorrang zukommen soll, was immer die Folgen für die Kinder und ihre Familien sein mögen.

Proteste gegen die ILO-Konferenz

Bereits im Vorfeld der *Child Labour Conference* hatte die Lateinamerikanische Bewegung der arbeitenden Kinder und Jugendlichen „gegen den Mangel an Respekt“ protestiert, „den die Organisatoren der Konferenz von Den Haag uns gegenüber demonstriert haben, indem sie uns nicht zur Vorbereitung dieser Konferenz eingeladen und noch nicht einmal über sie informiert haben. Die ausschließliche Anwesenheit von Erwachsenen, die in ihrer Mehrheit von unserer Lebensrealität weit entfernt sind, bestätigt aufs Neue, dass weiterhin eine erwachsenen-zentrierte Sicht auf die arbeitenden Kinder vorherrscht und dass die Partizipation der Kinder allein auf die Verkündung guter Absichten und juristische Dokumente beschränkt bleibt.“ Zum Ende der Konferenz sprach sie in einer Presseerklärung der *Roadmap* jegliche Legitimität ab, da sie ohne Beteiligung der arbeitenden Kinder als den Hauptbetroffenen zustande gekommen sei, und machte die holländische Regierung und die ILO als Veranstalter der Konferenz für die darin zum Ausdruck kommende Verletzung der UN-Kinderrechtskonvention verantwortlich. Auch eine Gruppe namhafter Wissenschaftler/innen aus verschiedenen Ländern, die bisher über Fragen der Kinderarbeit geforscht haben, das lateinamerikanische und europäische Netzwerk der universitären Master-Studiengänge zu Kinderrechten sowie mehrere Zusammenschlüsse von Mitarbeiter/innen und Unterstützer/innen der Kinderbewegungen, hatten im Vorfeld der ILO-Konferenz gegen den Ausschluss der arbeitenden Kinder und ihrer Organisationen Stellung genommen und eine grundlegende Änderung der ILO-Politik zur „Ausrottung der Kinderarbeit“ verlangt (siehe Dokumentation).

Die Ursachen der Ausbeutung bekämpfen

In der Frage, wie dem Missbrauch und der Ausbeutung arbeitender Kinder zu begegnen sei, ist die Kluft zwischen der ILO und den sie tragenden Regierungen, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden auf der einen und den Organisationen der arbeitenden Kinder und Jugendlichen sowie zahlreichen Wissenschaftler/innen und manchen NGOs auf der anderen Seite weiterhin groß. Sie kann nur überbrückt werden, wenn anerkannt wird, dass die Probleme der arbeitenden Kinder nicht gelöst werden, indem man ihnen die Arbeit verbietet, sondern indem man die gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse abschafft, die auf der Ausbeutung der Menschen – gleich welchen Alters – basieren.

Zum Ende ihres Alternativtreffens kamen die Delegierten in Den Haag überein, im Juni in Lima (Peru) ein weiteres Treffen zu veranstalten, auf dem die weiteren Schritte der lateinamerikanischen Kinderbewegung konkretisiert und die Zusammenarbeit mit den Bewegungen der arbeitenden Kinder und Jugendlichen in Afrika und Asien intensiviert werden sollen. Die europäischen Solidaritätsgruppen schlossen sich zu dem Netzwerk EUROPANATS (info@europanats.net) zusammen und wollen künftig gemeinsame Aktionen auf europäischer Ebene unternehmen.

ILO-„Roadmap“ – ein Fahrplan in die Sackgasse. Anmerkungen zu einem vergeblichen Dokument ohne Legitimation

Die auf der Global Child Labour Conference der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) im Mai 2010 per Akklamation angenommene Roadmap¹ erhebt den Anspruch, die „schlimmsten Formen der Kinderarbeit“, wie sie in der ILO-Konvention 182 definiert werden, bis zum Jahre 2016 abzuschaffen. Sie ist ein moralischer Appell an die ILO-Mitgliedsorganisationen (Staaten, Unternehmerorganisationen, Gewerkschaften) sowie an NGOs und andere Organisationen der „Zivilgesellschaft“, den Kampf gegen die Kinderarbeit zu beschleunigen und sich hierfür einen zeitlichen Rahmen zu setzen.

In der Präambel wird nicht nur auf die „schlimmsten Formen der Kinderarbeit“ Bezug genommen, sondern auch das Verbot und die „effektive Abschaffung der Kinderarbeit“ im Allgemeinen als eine „moralische Notwendigkeit“ bezeichnet. Die Mitgliedsorganisationen der ILO werden an ihre Pflicht erinnert, dieses Prinzip zu respektieren, zu fördern und zu realisieren. Die Ausrottung der Kinderarbeit soll von Bildungs- und Ausbildungsangeboten sowie der Schaffung von „anständiger Arbeit“ („decent work“) für Erwachsene und Kinder im arbeitsfähigen Alter“ begleitet sein. Auf diese Weise soll den Haushalten ermöglicht werden, „aus dem Teufelskreis von Armut auszubrechen“, und den Ländern soll geholfen werden, „humane Entwicklung voranzubringen“. Kinderarbeit (child labour) wird als „signifikantes Hindernis bei der Realisierung von Kinderrechten, nationaler Entwicklung und der Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele“ bezeichnet, „insbesondere derjenigen, die mit Armutsreduzierung, Bildung, Geschlechtergleichheit und HIV/AIDS in Beziehung stehen“. An die „internationale Gemeinschaft“ wird appelliert, „in substanzieller Weise ihre Anstrengungen in dieser Hinsicht zu erhöhen“. In den „Leitprinzipien“ und dem Aktionsteil der Roadmap werden Regierungen, Sozialpartner, NGOs und andere zivilgesellschaftliche Akteure sowie „internationale und regionale Organisationen“ dazu aufgerufen, „die weltweite Bewegung gegen Kinderarbeit zu stärken. Sie sollen dafür sorgen, dass die bestehenden Gesetze gegen die Kinderarbeit umgesetzt und verstärkt werden, öffentliche Dienste („einschließlich freier, hochwertiger und verpflichtender Bildung, Ausbildung und nicht-diskriminierenden sozialen Schutzdiensten“ bereitgestellt und zugänglich gemacht werden und „das Funktionieren der Arbeitsmärkte“ sichergestellt wird. Um die Ziele der Roadmap zu fördern und den Umsetzungsprozess zu beaufsichtigen, wird die Gründung einer weltweiten Prominenten-Initiative gegen Kinderarbeit („Global Leaders against Child Labour Initiative“) angekündigt, die aus „herausragenden Personen“ bestehen soll. Sie soll nunmehr Jahr für Jahr am von der ILO ausgerufenen „Welttag gegen Kinderarbeit“ (12. Juni) in Zusammenarbeit mit ILO, UNICEF und Weltbank einen „World Child Labour Report“ vorlegen, der über die Fortschritte bei der Umsetzung der Roadmap informiert.

Fehlende sozialwissenschaftliche Grundlagen

Die Idee, auf der Konferenz eine Roadmap beschließen zu lassen, erklärt sich aus der ernüchternden Einsicht der ILO-Experten, dass das seit Jahrzehnten verfolgte Ziel, die Kinderarbeit abzuschaffen, nicht die erwünschten Ergebnisse hatte. So erklärte der ILO-Direktor Juan Somavía zu Beginn der Konferenz: „Der Fortschritt ist weder schnell noch umfassend genug, um das Ziel zu erreichen, das wir uns gesteckt haben.“ Mit der Roadmap erhoffte sich die ILO, ein Instrument in die Hand zu bekommen, das dem Kampf gegen die Kinderarbeit neue Impulse verleiht. In dem auf der Konferenz vorgelegten neuen Global Report on Child Labour musste die ILO nämlich eingestehen, ihre im letzten Bericht vor vier Jahren gemachte Ankündigung, das Ende der Kinderarbeit sei „zum Greifen nah“ (ILO 2006), nicht aufrecht

¹ Siehe: <http://www.ilocarib.org.tt/portal/images/stories/contenido/pdf/childLabour/ROADMAP%202016.pdf2>

erhalten zu können. Nach den neuen Berechnungen der ILO ist die Zahl der arbeitenden Kinder weltweit zwischen 2004 und 2008 nur um drei Prozent von 222 auf 215 Millionen gesunken.

Die Kinderarbeit hat nach den Angaben der ILO zwar bei den 5- bis 14-Jährigen dank einer geringeren Beschäftigung von Mädchen um 10 Prozent abgenommen, aber in Afrika südlich der Sahara und bei den 15- bis 17-Jährigen hat sie zugenommen. Die „schlimmsten Formen der Kinderarbeit“, so die ILO, sind in dieser Altersgruppe sogar um fast 20 Prozent, von 52 auf 62 Millionen angewachsen.

Dabei basieren die von der ILO veröffentlichten Daten erneut auf Kategorien und Erhebungen, die nur einen Bruchteil der Arbeit von Kindern erfassen. Die ILO gibt zwar an, diesmal auch die Arbeit von Kindern jenseits der „production boundary“, also auch die nichtentlohnten Haushaltsdienste und andere „nicht-produktive“ Arbeiten einzubeziehen, doch der vorgelegte Bericht bezieht sich faktisch auf Erhebungen im Zeitraum 2004-2008, bei denen diese neuen Kategorien noch nicht zur Anwendung kamen.²

Auch der Vergleich mit früheren Angaben ist nicht seriös, da diese auf äußerst lückenhaften und nicht vergleichbaren Erhebungen in wenigen Ländern beruhten (vgl. Liebel 2006). Die zur Methode der Erhebung gemachten Angaben sind so dürftig, dass sie keinerlei Schlüsse über die Repräsentativität und Validität der statistischen Angaben zulassen. Zum Zustandekommen der neuen Daten wird in einer weiteren Fußnote (ILO 2010, S. 13) lediglich auf eine „separate technische Publikation“ verwiesen, die bisher nicht vorliegt. Dass im Rahmen der Berichterstattung der ILO eine größere Transparenz geboten ist, lässt sich am Beispiel der Daten zu Lateinamerika und dem karibischen Raum darlegen: während der Global Report von 2006 für das Jahr 2004 noch einen Rückgang der Erwerbsquote in der Altersgruppe 5-14 Jahre auf 5,1 Prozent beschreibt (ILO 2006, S. 9), findet sich im Bericht von 2010 für das selbe Jahr 2004 nun eine doppelt so hohe Erwerbsquote von 10 Prozent (ILO 2010, S. 11). Es bleibt der findigen Leserin überlassen, die an anderer Stelle unauffällig in einer Fußnote platzierte Erklärung zu entdecken, dass die Angaben des Berichts von 2006 revidiert werden mussten, da sie sich angesichts neuer verfügbarer Daten als obsolet erwiesen haben (ILO 2010, S. 8).

Auch hinsichtlich einer angemessenen Interpretation der vorliegenden Daten kann der Report nicht überzeugen. Dem neuen Bericht zufolge ist der verzeichnete Rückgang der Kinderarbeit hauptsächlich auf die geringere Beschäftigung von Mädchen zurückzuführen. Welches die Hintergründe dieses Rückgangs sind, und ob es sich für die nicht mehr beschäftigten Mädchen tatsächlich um eine Entlastung handelt, wird jedoch nicht weiter erörtert. Dabei kommen empirische Untersuchungen der Frauenerwerbsquote in Ländern des Südens zum Schluss, dass paradoxerweise der Rückgang bezahlter Frauenerwerbstätigkeit in Kontexten ökonomischer Krisen regelmäßig mit einem beträchtlich erhöhten Arbeitsaufwand in der statistisch nur unzulänglich erfassten Haushaltsökonomie einhergeht (vgl. Young & Schubert 2010). Hier ist zumindest in Erwägung zu ziehen, dass ähnliches für die Arbeit von Mädchen gilt und der Rückgang der von der ILO erfassten Mädchenarbeit nicht Ausdruck eines „Fortschritts“ ist, sondern ihm womöglich eine massive, statistisch allerdings „unsichtbare“ Mehrbelastung von Mädchen in der Haushaltsökonomie gegenübersteht.

Ein Grundproblem des ILO-Reports besteht darin, dass die Arbeit von Kindern – wie schon in früheren Berichten und Stellungnahmen – in einer Weise definiert und betrachtet wird, die ungeachtet der unternommenen Differenzierungen nur eine grundsätzlich negative Bewertung zulässt. Obwohl viele Kinder z.B. gleichzeitig arbeiten und die Schule besuchen (und oft sogar arbeiten, um die Schule besuchen zu können), gilt die Arbeit von Kindern als prinzipiell

² Auf der 18. International Conference of Labour Statistics, die Ende 2008 in Genf stattfand, wurden neue erweiterte „statistical definitions of children’s work“ beschlossen. Auf dieser Konferenz wurde zwischen einer umfassenden statistischen Definition von wirtschaftlichen Tätigkeiten und der normativ-moralischen Definition von „schlechten“ wirtschaftlichen Tätigkeiten (also child labour im Sinne der ILO) von Kindern unterschieden. Mit dieser Unterscheidung wollte die Konferenz den Erfordernissen einer realitätsadäquaten Statistik entsprechen, ohne die Definitionsmacht der ILO über child labour infrage zu stellen.

unvereinbar mit (schulischer) Bildung und wird in einer merkwürdigen Verkehrung von Ursache und Wirkung sogar für die Armut und die mögliche Nichterfüllung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) der Vereinten Nationen verantwortlich gemacht. Bei allen unter die Kategorie child labour fallenden Angaben wird schlicht im Zirkelschluss unterstellt, sie seien schädlich für die Kinder, weil sie nicht zulässig sind. Zudem fehlt jegliche sozialwissenschaftliche Reflektion über die sehr divergierenden Arbeitsbedingungen und die Komplexität der Arbeitserfahrungen der Kinder sowie über die Bedeutungen und die „Wirkungen“, die sie auf Kinder haben. Die ILO macht sich auch keine Mühe, die inzwischen zahlreich vorhandenen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen zu dieser Thematik aufzugreifen und sich mit ihnen auseinander zu setzen. Auf diese Weise wird nicht nur der Blick eingengt auf die schädlichen Aspekte der Arbeit von Kindern, sondern es bleiben auch viele lebenswichtige und von Kindern bejahte Tätigkeiten in den statistischen Daten und strategischen Erwägungen der ILO unberücksichtigt. Unter dem Einfluss der Weltbank, mit der die ILO eine „weltweite Bewegung gegen Kinderarbeit“ anstrebt, werden die arbeitenden Kinder nun in erster Linie als Ausdruck für die Verschwendung von „Humankapital“ betrachtet. Damit gewinnt eine Sichtweise die Oberhand, die die Kinder einseitig als Potenzial für wirtschaftliches Wachstum betrachtet und dem Recht der Kinder auf eine menschenwürdige Gegenwart keinen Raum mehr lässt. Die Berufung auf die Kinderrechte, die sich an einigen Stellen des Berichts findet, wird so zu einer hohlen Floskel. Indem sich auch das UN-Kinderhilfswerk UNICEF, das sich als Sachwalter der Kinderrechte versteht, diesem Bündnis angeschlossen hat, schadet es seiner eigenen Glaubwürdigkeit.

Auch den Rechten im Arbeitsprozess selbst, deren Verteidigung zu den Kernaufgaben der ILO gehört, scheint die ILO mit Blick auf Kinder keine Bedeutung beizumessen. Zwar spricht der Report an einer Stelle „ungeachtet des Alters des Arbeitnehmers“ die Wichtigkeit der „Rechte bei der Arbeit“ für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen an und benennt auch explizit Mindestaltersstandards als einen der Gründe, aus dem Kinder diese Rechte nicht in Anspruch nehmen können (ILO 2010, S. 55). Es bleibt aber ein Geheimnis der ILO, wie angesichts der aufrechterhaltenen Verbots- und Bekämpfungsstrategie dieser Widerspruch aufgelöst werden kann und die arbeitenden Kinder an ihren Arbeitsplätzen nicht mehr zur Rechtlosigkeit verdammt oder gar kriminalisiert werden.

In ihrem Report äußert die ILO manche Selbstzweifel über die Reichweite und Wirksamkeit bisheriger „projektbasierter“ Maßnahmen und setzt nun, um endlich im Kampf gegen die Kinderarbeit voranzukommen, vor allem auf ein strategisches Bündnis von Gewerkschaften und Geschäftswelt („trade union and business alliance“). Die Selbstzweifel gehen allerdings nicht so weit, auch über die schädlichen Folgen nachzudenken, die mit vielen Maßnahmen gegen die Kinderarbeit für die Kinder einhergehen. So werden z.B. in Kolumbien, Peru oder Mexiko Kinder, die auf der Straße Essen, Süßigkeiten oder kunsthandwerkliche Produkte verkaufen, unter Verweis auf die ILO-Konventionen und Aktionsprogramme gegen die „schlimmsten Formen der Kinderarbeit“ häufig von der Polizei vertrieben; oder Mütter, die von ihren Kindern bei der Arbeit auf dem Markt begleitet werden, sehen sich gezwungen, ihre Kinder zu verstecken, um nicht wegen „Verletzung der Aufsichtspflicht“ bestraft zu werden.

Maßnahmen zum „Schutz“ der Kinder vor den „schlimmsten Formen der Kinderarbeit“ dienen unter der Hand oft der Legitimation „sozialer Säuberungen“ im Interesse reicher Geschäftsleute oder von Tourismusprojekten. Insgesamt fehlt dem politisch programmatischen Teil eine seriöse wissenschaftliche Grundlage über die Wirksamkeit bisheriger Programme und Maßnahmen.

Ein vergebliches Dokument ohne Legitimation

Mit der Roadmap verfolgte die ILO ursprünglich die Absicht, einen verbindlichen Rahmen zu schaffen, der den Kampf gegen die Kinderarbeit „als eine rechtliche Verpflichtung“ festschreibt und von der Global Child Labour Conference „beschlossen“ wird (siehe 2nd draft). Dieses Ziel konnte sie nicht durchsetzen. Der Roadmap wurde auf der Konferenz lediglich per Akklamation zugestimmt („agreed“), und sie wurde im Laufe der Beratungen von einer verbindlichen Selbstverpflichtung zu einem moralischen Appell herabgestuft. Wie schon im Global Report wird auch in der Roadmap in Umkehrung von Ursache und Wirkung „die Kinderarbeit“ erneut für die Reproduktion der Armut und sogar für die Nichterreichung der Millenniums-Ziele verantwortlich gemacht. Der vom „Global March“ und einigen Delegierten unternommene Versuch, die Ausrottung der Kinderarbeit ausdrücklich als Indikator des Millenniums-Ziels zur Bekämpfung der Armut zu etablieren, fand allerdings auf der Konferenz keine Zustimmung.

Die Roadmap nimmt zwar für sich in Anspruch, zur Umsetzung der in der UN-Kinderrechtskonvention verbrieften Kinderrechte beizutragen, doch im Kern folgt sie einer anderen Logik. Diese ist zum einen von arbeitsmarktpolitischen Erwägungen bestimmt, indem sie die Arbeit von Kindern zu einer Gefährdung der Funktionsmechanismen des Arbeitsmarkts erklärt. Desweiteren betrachtet sie die Kinder nicht als Subjekte von Rechten, sondern im Sinne der Social Investment Theory und einer daran ausgerichteten Sozialpolitik (vgl. Bühler/Niederberger, Mierendorff & Olk 2010) in erster Linie als potentiellles Humankapital, das nicht verschleudert werden dürfe. Dieser Sichtweise entspricht, dass den arbeitenden Kindern und ihren Organisationen im Vorfeld der Konferenz und auf der Konferenz selbst verwehrt wurde, an der Ausarbeitung der Roadmap mitzuwirken.

In den Leitprinzipien der Roadmap werden die Regierungen zwar ermahnt, das „Kindeswohl“ („the best interests of children“) nicht aus dem Auge zu verlieren und die Sichtweisen der Kinder und ihrer Familien zu beachten, doch ist keinerlei Mechanismus vorgesehen, wie dies unter Beteiligung der Kinder von statten gehen könnte. Von vornherein wird unterstellt, dass das Verbot und andere von oben angeordnete Maßnahmen zur Abschaffung der Arbeit von Kindern im besten Interesse der Kinder lägen. Unter den in der Roadmap aufgezählten „Akteuren“ werden denn auch die arbeitenden Kinder und ihre Organisationen nicht einmal erwähnt. Während der Konferenz wurde sogar eine Passage aus einem früheren Entwurf der

Roadmap gestrichen, wonach zur Vermeidung von Risiken kein Kind „ohne adäquate Schutz und Hilfsangebote“ aus der Arbeit entfernt werden sollte. Dies lässt sich nur so verstehen, dass weiterhin der Durchsetzung des Kinderarbeitsverbots Vorrang zukommen soll, was immer die Folgen für die Kinder und ihre Familien sein mögen. Dies erklärt sich möglicherweise durch eine spezifische, in der Präambel angedeutete und auch in anderen jüngeren ILO-Publikationen durchscheinende Perspektivsetzung auf Kinder, die von einer instrumentellen und ökonomischen Rationalität geprägt ist. Wenn als ein Nutzen der Abschaffung der Arbeit von Kindern mögliche „hohe soziale und wirtschaftliche Rückwirkungen“ benannt werden, dann stellen die Verfasser der Roadmap nicht auf den Nutzen für Kinder im Hier und Jetzt ab, sondern auf den Ertrag, den Kinder in ihrer Zukunft als produktive Arbeitnehmer für ihre Gesellschaften erbringen könnten; Kinder werden im Sinne des „social investment“-Ansatzes (Lister 2003; Mahon 2010; Prentice 2009) zu einem Investitionsgut („human capital in the making“), und ihr „bestes Interesse“ wird einem postulierten „höheren“, gesellschaftlichen Interesse untergeordnet. Dieses Interesse geht mit einer moralisch unterlegten Disziplinierung der Kinder der „unteren Klassen“ einher, denen mangelnde Fähigkeit und Bereitschaft unterstellt wird, den staatlichen Erwartungen und Leistungsanforderungen zu genügen (vgl. Hendricks 2010).

Interessant ist, dass im Unterschied zu früheren Entwürfen in der definitiven Fassung der Roadmap „anständige Arbeit“ nicht nur für Erwachsene vorgesehen ist und gefördert werden soll, sondern auch für „Kinder im arbeitsfähigen Alter“. Offenbar wurde ein gewisses Problem darin gesehen, dass auch den Kindern durchweg Rechte bei der Arbeit verweigert werden und sie der Willkür von Arbeitgebern ausgesetzt sind. Mit der Begrenzung der „anständigen Arbeit“ auf Kinder oberhalb des in der ILO-Konvention 138 und den meisten nationalen Gesetzen festgelegten Mindestalters wird aber erneut ausgeblendet, dass weiterhin eine große

Zahl auch von jüngeren Kindern bei ihrer Arbeit dringend auf Arbeitsrechte angewiesen sind (vgl. Bourdillon et al. 2009). Und es wird gänzlich ignoriert, dass nicht zuletzt die Verbote und Maßnahmen gegen Kinderarbeit selbst mit dafür verantwortlich sind, dass diese Kinder ihrer Rechte beraubt und in besonderem Maße ausgebeutet werden. Hinzu kommt, dass das von der ILO vertretene Konzept von „anständiger Arbeit“ (decent work) weit von den Vorstellungen würdiger Arbeit entfernt ist, die arbeitende Kinder seit Jahrzehnten für sich einfordern (vgl. Liebel, Nnaji & Wihstutz 2008). Das ILO-Konzept von decent work ist auf Regelungen innerhalb der kapitalistischen Ökonomie gerichtet und verzichtet darauf, Formen von selbstbestimmter Arbeit jenseits der profitorientierten Logik der kapitalistischen Ökonomie anzustreben.

Es stellt sich die Frage, wie ernst die auf der Konferenz per Akklamation verabschiedete Roadmap zu nehmen ist. Was ist schon von einem Unternehmen zu erwarten, das sich erhofft, durch eine „Initiative“ von – gewiss nicht sehr sachkundigen – Promis etwas mehr öffentliche Beachtung zu finden? Zu vermuten ist, dass nunmehr jährlich eine Hochglanzbroschüre mehr das Licht der Welt erblickt, die weiterhin auf fragwürdigen Daten basiert und markige Ankündigungen macht. Für die arbeitenden Kinder und ihre Familien, deren Meinung der ILO angeblich so wichtig ist, wird sie nicht einmal als Klopapier nützlich sein. Wäre es der ILO gelungen, die „Abschaffung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit“ als einen neuen Indikator der Millenniumsentwicklungsziele festzuschreiben, hätte diese vielleicht ein gewisses Gewicht in der Entwicklungsagenda der Vereinten Nationen erlangt. Aber diese Absicht fand nicht einmal unter den handverlesenen Teilnehmern der Konferenz in Den Haag Zustimmung und wurde dann auch auf dem UN-Millenniums-Gipfel der Staaten im September 2010 komplett ignoriert. Als moralischer Appell ist die Roadmap nicht mehr als ein erneuter Beleg für die Hilflosigkeit der ILO, ihrem Ziel, der Abschaffung jeglicher Arbeit von Kindern, näher zu kommen. Mit der Metapher der Roadmap wird der Eindruck erweckt, es bestünde ein Zeitplan mit exakten Schritten und Maßgaben, wie dieses Ziel zu erreichen sei. Doch wer das Dokument genauer liest und ihren Entstehungskontext und die angekündigten Aktionsformen im Auge behält, muss zu dem Schluss kommen, dass zum wiederholtem Male nur heiße Luft produziert wurde, die ohne praktische Konsequenzen bleiben wird. Bereits im Vorfeld der Konferenz hatte die lateinamerikanische Bewegung der arbeitenden Kinder und Jugendlichen gegen den Mangel an Respekt protestiert, „den die Organisatoren der Konferenz von Den Haag uns gegenüber demonstriert haben, indem sie uns nicht zur Vorbereitung dieser Konferenz eingeladen und noch nicht einmal über sie informiert haben“. Die ausschließliche Anwesenheit von Erwachsenen, „die in ihrer Mehrheit von unserer Lebensrealität weit entfernt sind“, bestätige aufs Neue, dass „die Partizipation der Kinder allein auf die Verkündung guter Absichten und juristische Dokumente beschränkt bleibt“ (siehe die Dokumentation in diesem Heft). Zum Ende der Konferenz sprach die Bewegung der Roadmap jede Legitimität ab, da sie ohne Beteiligung der arbeitenden Kinder zustande gekommen sei, und machte die holländische Regierung und die ILO als Veranstalter der Konferenz für die darin zum Ausdruck kommende Verletzung der UN-Kinderrechtskonvention verantwortlich.

In der Frage, wie dem Missbrauch und der Ausbeutung arbeitender Kinder zu begegnen sei, ist die Kluft zwischen der ILO und den sie tragenden Regierungen, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden auf der einen und den Organisationen der arbeitenden Kinder und Jugendlichen sowie manchen NGOs auf der anderen Seite weiterhin groß. Sie kann nur überbrückt werden, wenn anerkannt wird, dass die Probleme der arbeitenden Kinder nicht gelöst werden, indem man ihnen die Arbeit verbietet, sondern indem man die gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse abschafft, die auf der Ausbeutung der Menschen – gleich welchen Alters – basieren.

Bourdillon, Michael; White, Ben & Myers, William (2009). Re-assessing minimum-age standards for children's work, *International Journal of Sociology and Social Policy*, 29(3/4), S. 106-117.

Bühler-Niederberger, Doris; Mierendorff, Johanna & Olk, Thomas (Hrsg.). *Kindheit zwischen fürsorglichem Zugriff und gesellschaftlicher Teilhabe*. Wiesbaden: VS Research 6

Hendrick, Harry (2010). Late Modernity's British Childhood: Social Investment and the Disciplinary State, in: Bühler-Niederberger et al., S. 43-71

ILO (2006). *Der Ende der Kinderarbeit: Zum Greifen nah. Gesamtbericht im Rahmen der Folgemaßnahmen zur Erklärung der IAO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit*. Genf: Internationales Arbeitsamt.

ILO (2010). *Accelerating action against child labour. Global Report under the follow-up to the ILO Declaration on Fundamental Principles and Rights at Work*. Genf: International Labour Office.

Liebel, Manfred (2006). Der neue ILO-Bericht zur Kinderarbeit. Erfolgsstory oder am Ende nur Ratlosigkeit? In: *deutsche jugend*, 54(9), S. 367-370.

Liebel, Manfred; Nnaji, Ina & Wihstutz, Anne (Hrsg.) (2008). *Kinder. Arbeit. Menschenwürde. Internationale Beiträge zu den Rechten arbeitender Kinder*. Frankfurt a.M. & London: IKO.

Lister, Ruth (2003). Investing in the citizen-workers of the future: Transformations in citizen-ship and the state under New Labour, *Social Policy & Administration*, 37(5), S. 427-443.

Mahon, Rianne (2010). After Neo-Liberalism? The OECD, the World Bank and the Child, *Global Social Policy* 10(2), S. 172-192.

Moser, Caroline (1992). Adjustment from Below: Low-Income Women, Time and the Triple Role in Guayaquil, Ecuador, in: H. Afshar & C. Dennis (Hrsg.). *Women and Adjustmen*

Policies in the Third World. Basingstoke, U.K.: Macmillan.

Prentice, Susan (2009). High Stakes: The "Investable" Child and the Economic Reframing of Childcare, *Signs* 34(3), S. 687-710.

Young, Brigitte & Schuberth, Helene (2010). The global financial meltdown and the impact of financial governance on gender, *Garnet Policy Brief* n° 10.

Unveröffentlichtes Manuskript, August 2010

http://www.ci-romero.de/fileadmin/media/informieren-themen/arbeitende-kinder/Liebel-Saadi_Roadmap_dt.pdf

abgerufen am 17.02.2015

Bolivien und die Legalisierung von Kinderarbeit

Ausbeutung ächten – Arbeit achten

Bolivians neues Gesetz zur Kinderarbeit

bisher unveröffentlichtes Manuskript vom Kindermissionswerk im März 2015

Text: Susanne Dietmann

KINDERARBEIT – ZAHLEN UND FAKTEN

- weltweit arbeiten etwa 168 Millionen Kinder, das sind elf Prozent aller Kinder auf der Welt³
- 85 Millionen Jungen und Mädchen gehen einer gefährlichen Arbeit nach, die ihre Gesundheit, Entwicklung und Sicherheit gefährdet⁴
- in Bolivien arbeiten rund 850.000 Kinder unter 18 Jahren, das ist fast jedes dritte Kind⁵
- 28 Prozent der bolivianischen Kinder die arbeiten, sind zwischen fünf und sieben Jahren alt

AUSZÜGE AUS DEM BOLIVIANISCHEN GESETZ VOM 4. JULI 2014

§ 129

I. Als Mindestarbeitsalter wird 14 Jahre festgelegt.

II. In Ausnahmefällen dürfen Kinder und Jugendliche bereits im Alter von zehn bis 14 Jahren selbständig arbeiten. Ansonsten ist eine Arbeitstätigkeit im Alter zwischen zwölf und 14 Jahren erlaubt, sofern sie nicht das Recht auf Bildung beeinträchtigt, gefährlich oder ungesund ist, die Würde und Entwicklung des Kindes gefährdet oder ausdrücklich gesetzlich verboten ist.

§ 130

I. Der Staat garantiert Minderjährigen über 14 Jahren die Ausübung von Arbeiten auf allen Ebenen mit denselben Rechten wie erwachsenen Arbeitern.

II. Der Arbeitsschutz der bisher für über 14-Jährige galt, wird auf Minderjährige unter 14 Jahren erweitert, zur Ausführung einer Arbeit benötigen sie jedoch eine Sondererlaubnis des Kinder- und Jugendamtes.

§ 135

I. Folgende Arbeitstätigkeiten sind verboten

a. Jegliche Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen sowie jegliche Tätigkeit ohne ihre ausdrückliche Zustimmung und gerechte Bezahlung.

b. Die vertragliche Anstellung eines über 14-Jährigen für eine Tätigkeit außerhalb des Landes.

KINDER SETZEN SICH FÜR IHR RECHT AUF ARBEIT EIN

In Bolivien dürfen Kinder schon ab ihrem zehnten Lebensjahr arbeiten, das besagt ein Gesetz, das am 4. Juli 2014 beschlossen wurde. Es ist weltweit das erste Gesetz, das unter maßgeblicher Beteiligung von Kindern entstanden ist. In Bolivien sind mehr als 10.000 minderjährige Arbeiter in Kindergewerkschaften organisiert. Sie alle haben sich vehement für ihr Recht auf Arbeit eingesetzt. Das neue Gesetz soll Kindern die Arbeit nicht verbieten, sondern arbeitenden Jungen und Mädchen Rechte und Schutz zugestehen. Dem Arbeitgeber schreibt das Gesetz vor, auf die Gesundheit der Kinder zu achten und sie nicht auszubeuten. Gefährliche Arbeiten wie zum Beispiel in der Landwirtschaft oder dem Bergbau sind verboten. International hat das Gesetz sehr kontroverse Diskussionen ausgelöst. Bei uns in Deutschland und in anderen westlichen Ländern wird Kinderarbeit meistens pauschal abgelehnt. Doch man kann das Thema nicht isoliert betrachten. Wenn es die Situation erforderlich macht, dass Kinder durch

³ Quelle: Internationale Arbeitsorganisation ILO, Bericht 2013

⁴ Quelle: Internationale Arbeitsorganisation ILO, Bericht 2013

⁵ Quelle: bolivianisches Arbeitsministerium

Arbeit zum Überleben der Familie beitragen, dann hilft es nicht, wenn man dies schlichtweg ablehnt. Vielmehr versuchen wir im Kindermissionswerk den Kindern und Jugendlichen in unseren Projekten weltweit zum Beispiel eine gute Ausbildung und somit auch bessere Zukunftschancen zu ermöglichen. Die Grenze zwischen ausbeuterischer Arbeit und tolerierbarer Arbeit zu ziehen, fällt dabei oft schwer. Es ist sicher leichter zu beschreiben, was ausbeuterische Kinderarbeit ist: Kinder, die stundenlang in sengender Hitze im Steinbruch arbeiten, Kinder mit einem Zwölf-Stunden-Tag, Kinder an anderen gefährlichen Arbeitsplätzen. Dazwischen gibt es einen Graubereich, der die Diskussion schwierig macht. Im Mittelpunkt sollte immer das Wohl des Kindes stehen: Arbeitet es freiwillig ohne Zwang? Ist die Arbeit altersgemäß? Bleibt genug Zeit für Bildung, Spiel und Entspannung? Das sind wichtige Anhaltspunkte für ein kindgemäßes Leben in Würde.

Kinderstimmen aus Bolivien

Juan Rodrigo, 11 Jahre

Touristenführer auf dem Zentralfriedhof in Sucre/Bolivien

„Meine Schwester Erlinda und ich arbeiten jedes Wochenende als Touristenführer auf dem Zentralfriedhof in Sucre. Manchmal geben die Touristen mir bis zu 20 Bolivianos (rund zwei Euro) für eine Führung. Es ist spannend, mit Touristen zu arbeiten, sie kommen von überall her. Mit dem Geld, das ich verdiene, kann ich meine Familie unterstützen. Mein Papa ist Schuster, aber sein Lohn reicht nicht aus, um unsere zehnköpfige Familie zu ernähren.“

Armando, 10 Jahre

säubert Grabnischen auf dem Zentralfriedhof in Sucre/Bolivien

„Morgens um acht Uhr gehe ich in die Schule, um zwölf Uhr laufe ich schnell zum Friedhof, wo ich bis 17 Uhr arbeite. Das mache ich schon seit zwei Jahren. Die älteren Jungs schlagen mich oft und nehmen mir mein Geld und mein Essen weg. Jeden Abend schließe ich meine Leiter an einen Baum an, damit keiner sie klauen kann. Wir sind insgesamt fünf Geschwister und bis auf meine kleine Schwester arbeiten wir alle. Später möchte ich einmal Anwalt werden, denn ein Anwalt hilft den Menschen und verdient viel Geld.“

Evelyn, 15 Jahre

Schülerin aus El Alto

„Mein Vater arbeitet als Busfahrer hier in El Alto. Nach der Schule helfe ich ihm oft und fahre als Ausruferin mit. Meistens gibt er mir ein kleines Taschengeld, von dem ich mir ab und zu was zum Anziehen kaufen kann. Am Wochenende helfe ich meiner Mutter an ihrem kleinen Stand auf dem Wochenmarkt. Ich muss noch zwei Jahre in die Schule, danach will ich studieren. Was, das weiß ich noch nicht.“

Oscar, 14 Jahre

Touristenführer auf dem Zentralfriedhof in Sucre/Bolivien

„Ich habe mit neun Jahren angefangen, die Grabnischen auf dem Friedhof zu säubern. Heute bin ich Touristenführer, damit verdiene ich mehr Geld. Insgesamt sind wir 28 Jungen und Mädchen hier auf dem Friedhof. Wir kennen uns alle und entscheiden gemeinsam, ob ein neues Kind mitarbeiten darf. Sonst bin ich mein eigener Chef und keiner redet mir rein. Es gibt zwar ein Mindestalter für Kinderarbeit, aber daran hält sich hier keiner.“

Rosmeri, 9 Jahre

lebt mit der Mutter und sieben Geschwistern in Sucre/Bolivien

„Wir sind vor drei Jahren vom Land in die Stadt gezogen. Früher habe ich meiner Mama bei der Hausarbeit geholfen und die Schafe gehütet. Hier in Sucre arbeite ich jeden Samstag und Sonntag als Taschenträgerin auf dem Markt. Von dem Geld kaufe ich mir meine Schulsachen.“

José, 15 Jahre

Busausrufer aus El Alto / Bolivien

„Ich habe mit 14 Jahren angefangen, als Ausrufer für ein Busunternehmen hier in El Alto zu arbeiten. Ich rufe laut die Stationen aus und kassiere den Fahrpreis ein. Ich arbeite am Wochenende und in den Ferien, immer von sieben Uhr morgens bis 19 Uhr und verdiene so 50-60 Bolivianos am Tag (ca. fünf bis sechs Euro). Mit dem Geld unterstütze ich meine Mutter, manchmal kaufe ich mir auch was davon, wie zum Beispiel eine CD. Dass ich arbeite, ist ganz normal für mich, alle meine Freunde und auch meine Geschwister machen das.“

Ricardo, 16 Jahre

Fabrikarbeiter aus El Alto / Bolivien

„Seit zwei Wochen arbeite ich in einer Fabrik hier in El Alto. Bis zum Schulabschluss hätten noch fünf Jahre gefehlt, ich bin ein paar Mal sitzen geblieben. Jetzt muss ich jeden Morgen um acht Uhr anfangen und arbeite bis 18 Uhr – jeden Tag, außer Sonntag. Wir bauen Rohre für die Kanalisation und die Arbeit ist ganz schön anstrengend, aber bald bekomme ich meinen ersten Lohn, 900 Bolivianos (ca. 90 Euro, für 15 Tage Arbeit, Anm. der Red.). So viel Geld habe ich noch nie gehabt.“

Erwachsene zum neuen Kinderarbeitsgesetz in Bolivien

Ana María Arroyo Bustillos

Koordinatorin des Projekts CIMET für arbeitende Kinder in Sucre

„Die Arbeit auf dem Friedhof verschafft den Kindern eine gewisse Freiheit. Sie ist oft das Wichtigste für die Kinder und wir können sie ihnen nicht verbieten. Statt sie davon abzuhalten, haben wir angefangen, mit ihnen neue, bessere Leitern für ihre Friedhofsarbeit zu bauen. Hier im Projekt können sie ihre Hausaufgaben machen und werden medizinisch versorgt. Jetzt gibt es zwar ein Gesetz, dass die Kinderarbeit in Bolivien regeln soll, es geht jedoch an der Lebensrealität der Kinder völlig vorbei und hat keinen Einfluss darauf. Das Gesetz wird nicht verhindern, dass Kinder unter zehn Jahren ebenso arbeiten.“

Doña Ana

neunfache Mutter, lebt in einer kleinen Siedlung nahe Sucre

Vier meiner Kinder besuchen ein Internat und sind nur am Wochenende hier. Sonst lebe ich hier allein mit meinen beiden Jüngsten und meinem Mann. Doch er ist schwer krank und kann mich nicht unterstützen. Die Blumen aus unserem Garten verkaufe ich auf dem Markt, doch davon können wir kaum überleben. Ich will, dass meine Kinder zur Schule gehen können und eine gute Ausbildung bekommen, aber eigentlich brauche ich sie hier, damit sie mir im Haus und im Garten helfen. Alleine schaffe ich das nicht und ich überlege, sie vom Internat zu nehmen.“

Mauricio Ariel Torrez Catacora

Mitarbeiter des Projekts „Wiphala“ für arbeitende Kinder in El Alto

„Wir besuchen die Kinder bei der Arbeit und helfen ihnen, wenn sie ausgebeutet werden. Unser Projekt ist eine Alternative für die Jungen und Mädchen. Hier können sie eine Ausbildung machen – zum Beispiel in der Metallverarbeitung, Näherei oder Bäckerei. Wir wollen ihnen Perspektiven bieten und ihnen eine Arbeit vermitteln, die ihr Leben verbessert und bei der sie nicht ausgebeutet werden.“

„Wir haben eine Umfrage gemacht: Von den 320 befragten Jungen und Mädchen arbeitet die Hälfte seit ihrem siebten Lebensjahr, die meisten mehr als acht Stunden am Tag, manche sogar bis zu zwölf Stunden. Die Kinder müssen hier zum Familienunterhalt beitragen, das ist ganz normal und die Eltern haben es meist auch nicht anders erlebt.“

Rodolfo Calle

Abgeordneter der bolivianischen Regierungspartei MAS und Mitinitiator des neuen Gesetzes

„Es geht hier um ein Gesetz, das den Kindern zugutekommt. Sie erhalten endlich die soziale Absicherung, die allen Menschen zusteht, nicht nur den Erwachsenen. Das Gesetz regelt auf vernünftige Art und Weise, wie die Kinder einer Arbeit nachgehen.“

Evo Morales

bolivianischer Präsident, hat als Kind und Jugendlicher selbst gearbeitet

„Man sollte die Kinderarbeit nicht verteufeln. Denn es ist so, dass sie aus familiären Gründen, oft weil sie Waisen werden, gezwungen sind zu arbeiten. Wenn wir ihnen die Arbeit aber offiziell verbieten, stärkt das die illegale Arbeit, bei der sie in vielen Fällen ausgebeutet werden.“

Lili Lourdes Duran

Soziologin aus Sucre

Das neue Gesetz ist weit weg von der Lebensrealität der Menschen hier in Bolivien. Es ist normal dass Kinder arbeiten, zum Beispiel auf dem Feld der Familie. So wird auch das Wissen weitergegeben, wie man einen Acker bestellt. Die Menschen hier haben aber auch eine ganz andere Auffassung vom Alter. Sie unterscheiden nicht zwischen Kind, Jugendlichen, Erwachsenen oder Greis, wie das in anderen Kulturen der Fall ist. Jeder ist Teil der Gemeinschaft und trägt mit seiner Arbeitskraft dazu bei, dass diese bestehen kann.“

Manfred Liebel

Leiter des Instituts für Globales Lernen und Internationale Studien an der FU Berlin

„Das Kinder- und Jugendgesetz in Bolivien, das seit 4. Juli 2014 in Kraft ist, geht neue Wege bei der Verwirklichung der Rechte von Kindern, die arbeiten. Es sieht genaue Regeln vor, wie diese Kinder vor wirtschaftlicher Ausbeutung geschützt werden und ihre Rechte in allen Lebenssituationen in Anspruch nehmen können. Eine besondere Bedeutung kommt dabei Kinderbeauftragten zu, die in den Gemeinden, Städten, Provinzen und auf nationaler Ebene die Arbeitssituation der Kinder überwachen und den Kindern als Beratung zur Seite stehen sollen. Das Gesetz wurde unter aktiver Mitwirkung der Union arbeitender Kinder und Jugendlicher Boliviens (UNATSBO) erarbeitet.“

Deivid Pacosillo Mamani

ehemaliger Präsident der Gewerkschaft der arbeitenden Kinder in Bolivien

„Das neue Gesetz hat viel bewegt und auch mit Präsident Morales hat sich viel zum Positiven verändert. Es gibt jetzt beispielsweise eine Versicherung für arbeitende Kinder und bis zum Jahr 2025 soll es in Bolivien keine ausbeuterische Kinderarbeit mehr geben. Die Grenze zwischen Kinderarbeit und ausbeuterischer Kinderarbeit ist jedoch schwer zu ziehen. Viele Eltern sind gegen ausbeuterische Kinderarbeit, dabei beuten sie gleichzeitig selbst ihre Kinder aus.“

„Viele Jungen und Mädchen arbeiten, um ihre Familien zu unterstützen, andere, um sich ihre Schulmaterialien zu kaufen. Jungen gehen meist außerhalb der Familie arbeiten, während Mädchen vor allem in der Familie helfen. Das führt dazu, dass die Arbeit von Mädchen oft nur als Unterstützung angesehen wird. Auf dem Arbeitsmarkt sind sie unsichtbar, während die Arbeit der Jungen auch als solche wahrgenommen wird. Die Kinder wollen vor allem, dass ihre Arbeit wertgeschätzt wird. Während sie früher rund zehn Bolivianos am Tag verdient haben (ca. ein Euro), sind es heute 15 bis 20 Bolivianos (ca. 1,50 bis zwei Euro), aber das Leben ist auch teurer geworden.“

Dianira Trigoso Vizconde

Projektkoordinatorin des Projekts MICANTO für arbeitende Kinder und Jugendliche in Cajamarca / Peru

„Hier in Peru spricht die Konvention im Zusammenhang mit Kindern und Jugendlichen von einem „Recht zu arbeiten“, nicht von einem „Recht auf Arbeit“, was bedeuten würde, dass die Gesellschaft ihnen Arbeit zur Verfügung stellen müsste. Das Recht zu arbeiten, ist für die meisten von uns eng verbunden mit dem Recht auf Leben, auf Überleben, und auf ein würdiges Leben. Wir wollen nicht nur Objekt von Zuwendung und Mildtätigkeit sein. Arbeitende Kinder werden durch das Gesetz anerkannt und in ihrem Recht gestärkt, in Würde arbeiten zu können.“

Medienberichterstattung in Deutschland

Neues Gesetz in Bolivien: Kinderarbeit - ganz legal

Stand: 27.07.2014 05:44 Uhr Von Julio Segador, ARD-Hörfunkstudio Buenos Aires

Mit zehn Jahren arbeiten? In Bolivien ist das künftig erlaubt. Anfang August tritt ein neues Gesetz in Kraft, das Kindern erlaubt, unter "außerordentlichen Umständen" Geld zu verdienen.

Anfang August tritt in Bolivien ein Gesetz in Kraft, das von der Regierung als wirksames Mittel gegen die Ausbeutung von Kindern angesehen wird, Kritiker dagegen sprechen von einem Rückschritt ins Mittelalter. Es geht um das Gesetz, das die Kinderarbeit in Bolivien regelt. "Es geht hier um ein Gesetz, das den Kindern zugutekommt", sagt Rodolfo Calle, Abgeordneter der Regierungspartei MAS. Er ist einer der Architekten des umstrittenen Gesetzes. "Sie erhalten endlich die soziale Absicherung, die allen Menschen zusteht, nicht nur den Erwachsenen. Das Gesetz regelt auf vernünftige Art und Weise, dass die Kinder einer Arbeit nachgehen."

Bolivien ist das Armenhaus Südamerikas. Nach Angaben der Regierung arbeiten in dem Land rund 850.000 Kinder und Jugendliche zwischen fünf und 17 Jahren anstatt zur Schule zu gehen. Fast jedes dritte Kind. Auch José, ein Schuhputzer aus La Paz, musste schon früh Geld verdienen. "Mein Vater starb vor fünf Jahren, ich wurde Waise. Mir blieb nur meine Mutter. Und ich sah, wie sie schuftete, dabei war ich doch der Mann im Haus. Deshalb begann ich eben mit sieben Jahren zu arbeiten." Das Gesetz erlaubt Ausnahmen vom offiziellen Mindestarbeitsalter von 14 Jahren. So dürfen Kinder ab zehn Jahren bereits selbstständig arbeiten, wenn die Eltern es erlauben und auch ein Ombudsmann zustimmt. Den Arbeitgebern schreibt es vor, auf die Gesundheit der Kinder zu achten und sie nicht auszubeuten. Gefährliche Arbeiten in der Landwirtschaft oder dem Bergbau sind verboten.

Prominentester Unterstützer des Gesetzes ist Staatspräsident Evo Morales, der als Kind von klein auf selbst arbeiten musste: in einer Bäckerei, bei der Herstellung von Bauziegeln, bei der Zuckerernte. "Man sollte die Kinderarbeit nicht verteufeln. Denn es ist so, dass sie aus familiären Gründen, oft weil sie Waisen werden, gezwungen sind zu arbeiten", sagt Morales. "Wenn wir ihnen die Arbeit aber offiziell verbieten, stärkt das die illegale Arbeit, wo sie in vielen Fällen ausgebeutet werden." Dass das neue Gesetz die Ausbeutung der Kinder verhindert, bezweifelt die Internationale Arbeitsorganisation ILO, die Bolivien scharf kritisiert. Doch auch im Land selbst gibt es Ablehnung. Für den Bürgerbeauftragten Rolando Villena verstößt Bolivien mit dem neuen Gesetz gegen internationale Abkommen: "Es scheint so, dass die Anwendung des Gesetzes wichtig ist und nicht der Schutz der Kinder. Das ist ein klarer, schwerwiegender und völlig unverständlicher Rückschritt mit Blick auf die weltweit gültigen Menschenrechte."

Angestoßen haben das Gesetz unter anderem die Kinder selbst. In Bolivien haben sich mehr als 10.000 minderjährige Arbeiter in sogenannten Kindergewerkschaften organisiert. Lautstark und vehement setzten sie sich in den vergangenen Monaten für ihr Recht auf Arbeit ein. Ein Recht, das gerade armen Familien das Überleben sichern soll. Der 15-jährige Rodrigo Medrano ist einer der Gewerkschaftsführer aus La Paz. Er ist zufrieden mit dem neuen Gesetz zur Kinderarbeit: "Wenn das Gesetz so umgesetzt wird wie wir uns das vorstellen, werden die Kinder geschützt. Man kann sie nicht zur Arbeit zwingen, sie machen es freiwillig, und nicht einmal die eigenen Eltern können sie zur Arbeit zwingen."

<http://www.tagesschau.de/ausland/bolivien-kinderarbeit-102.html>
abgerufen am 03.02.2015

Auf dem Umweg zum Ziel

Bolivien | 11.07.2014 – Bonn

Von Sebastian Scholtysek für www.katholisch.de

In Bolivien wurde vor wenigen Tagen ein Gesetz verabschiedet, das es Kindern erlaubt, bereits ab einem Alter von zehn Jahren zu arbeiten. Allein die Unterschrift von Staatspräsident Evo Morales fehlt, damit es in Kraft treten kann. Vertreter katholischer Hilfswerke sind unterschiedlicher Meinung.

Mit großer Mehrheit stimmte das Parlament in La Paz für ein neues Gesetz, welches in Ausnahmefällen Kinderarbeit bereits ab zehn Jahren erlaubt. Damit wurde die Altersgrenze, die zuvor bei 14 Jahren lag, nochmals herabgesetzt. Ziel des Gesetzes sei es, die lahrende Wirtschaft des ärmsten Landes Südamerikas anzukurbeln und Bolivien bis 2025 aus der Armut zu verhelfen. Läuft alles nach Plan, soll Kinderarbeit ab 2020 nicht mehr nötig sein.

Auf dem falschen Weg sieht Christian Frevel, Sprecher des Lateinamerika-Hilfswerks Adveniat, das Land. "Das Gesetz geht weit hinter die Errungenschaften des internationalen Arbeitsrechts zurück. Kinder bedürfen des Schutzes, sie brauchen das Recht auf eine ganzheitliche Ausbildung", erklärt Frevel. Zwar enthalte das Gesetz auch begrüßenswerte Maßnahmen zum Kinderschutz, doch sei die Senkung des Mindestalters zur Arbeit "eine Anerkennung des täglichen Missstands in Bolivien, wo Kinder schon immer arbeiten mussten, damit ihre Familien überleben konnten." Laut Frevel werde dadurch ein Missstand zum Normalen gemacht. Die gesetzliche Anerkennung der Kinderarbeit stehe zudem im Widerspruch zu den Konventionen der UN-Arbeitsorganisation ILO, die auch Bolivien ratifiziert hat.

Für zumindest kurzfristig und unter bestimmten Voraussetzungen hilfreich hält dagegen Markus Zander, Bolivien-Länderreferent beim Hilfswerk Misereor, das Gesetz. "Tatsächlich ist es so, dass in Bolivien geschätzte 850.000 Kinder arbeiten müssen, um ihre Familien, ihre Geschwister mitzuversorgen, aber auch, um selbst überhaupt die Möglichkeit zu haben, zum Beispiel Schulgeld zu bezahlen, Bücher zu bezahlen, Schuluniformen zu bezahlen und ähnliches", erläutert der Bolivien-Länderreferent beim Hilfswerk Misereor im Interview mit Radio Vatikan. Da die Illegalität ihrer Tätigkeit sie verwundbar mache und sie ohne rechtliche Grundlage und ohne Arbeitsverträge häufig unter der Willkür ihrer Arbeitgeber litten, sei die gesetzliche Anerkennung ihrer Erwerbstätigkeit nicht grundsätzlich abzulehnen. Laut Zander sollte Bolivien jedoch das Ziel verfolgen, langfristig ohne Kinderarbeit auszukommen. Außerdem müsse der Staat die Einhaltung des Gesetzes mit den dazugehörigen Auflagen kontrollieren.

Zu diesen Auflagen gehört, dass für Kinder im Alter von unter 14 Jahren, neben einer Erklärung der Freiwilligkeit auch die Zustimmung der Eltern und einer Schiedsperson erforderlich sind. Darüber hinaus verpflichten sich die Arbeitgeber, für die körperliche und geistige Unversehrtheit der Kinder Sorge zu tragen und ihnen die Möglichkeit zum Schulbesuch zu geben.

Kindergewerkschaft kämpft für Recht auf Arbeit

Bereits vor diesem Gesetz stellte Bolivien eine Ausnahme in der weltweiten Ächtung von Kinderarbeit dar. Nirgendwo anders scheint die Kinderarbeit in Gesellschaft und Politik derart akzeptiert zu sein. Staats- und Regierungschef Evo Morales, der als Kind selbst in einem Bäckerbetrieb arbeitete, ist einer ihrer wichtigsten Fürsprecher. Immer wieder hat er betont, wie wichtig die Arbeit in jungen Jahren für die Entwicklung des sozialen Gewissens sei.

Die vehementesten Verteidiger der Kinderarbeit sind aber die Kinder selbst. Hineingeboren in Familien, in denen die Eltern oft nicht einmal für sich selbst sorgen können, ist das eigene Geld für sie überlebenswichtig. Auf dem Arbeitsmarkt haben die Kinder gute Chancen, da sie billiger als die Erwachsenen sind. Für ihr Recht auf Arbeit veranstaltete die Gewerkschaft der arbeitenden Kinder und Jugendlichen, die etwa 100.000 Mitglieder zählt, zahlreiche

Demonstrationen. Der dadurch ausgeübte Druck bewegte Morales dazu, eine Delegation der Kinderarbeiter zu empfangen.

Neben Arbeitszeiten, die mit dem Schulbesuch vereinbar sind, und einer Krankenversicherung stehen vor allem faire Arbeitsbedingungen auf der Agenda der Kindergewerkschaft.

„Das Gesetz geht weit hinter die Errungenschaften des internationalen Arbeitsrechts zurück. Kinder bedürfen des Schutzes, sie brauchen das Recht auf eine ganzheitliche Ausbildung“

Christian Frevel, Sprecher des Lateinamerika-Hilfswerks Adveniat

Zuspruch erhält die Gewerkschaft von Elizabeth Patiño, der Kinderrechtsexpertin des Kinderhilfswerks "Terre des Hommes". Sie hält die strikte Ablehnung von Kinderarbeit im Fall von Bolivien für unangebracht. Stattdessen plädiert sie für eine flexible Auslegung der ILO-Konvention zu Kinderarbeit, weil "Verbote die Kinderarbeit in den Untergrund verbannen, wo die Ausbeutung der Kinder sehr viel einfacher ist". Wichtiger seien Kontrollen, die beispielsweise den Einsatz von Kindern in Bergwerken, Steinbrüchen oder bei der Zuckerrohrernte verhindern.

Bolivien drohen Sanktionen

Die ILO lehnt die Legalisierung von Kinderarbeit in Bolivien dagegen weiterhin konsequent ab. Jetzt könnten dem Land Sanktionen auferlegt werden – die USA haben bereits vor dem Parlamentsbeschluss mit der Kürzung von Entwicklungshilfe gedroht. Da die Unesco und die Weltbank zahlreiche Sozialprojekte im Andenstaat finanzieren, würden schon geringe Einbußen das Land, insbesondere seine Kinder, hart treffen.

Lasst uns doch in Ruhe arbeiten!

Aus: fluter Nr. 36: Arbeit, S. 41-43. Karen Naundorf, Kinderarbeit

30.9.2010

Kinderarbeit gehört abgeschafft. Wirklich? In Bolivien kämpfen Kinder für ihr Recht auf Arbeit, um ihre Eltern zu unterstützen. Sie fordern eine Krankenversicherung, fairen Lohn, schulkompatible Arbeitszeiten. Ein Besuch.

Das Nicken des Busfahrers ist kaum zu erkennen. Der zwölfjährige Guido springt auf, lehnt sich in die geöffnete Tür, ruft die Haltestellen aus: "3 de Mayo, Villa Fátima!" Wie ein Marktschreier, laut, immer wieder. Frauen in traditioneller Kleidung, mit kleinen runden Hüten, dunklen Zöpfen und mehrschichtigen Röcken, Babys auf dem Arm, zwängen sich an Guido vorbei in das Innere Busses. Auf den Gehsteigen putzen Kinder Schuhe.

Kinder, immer wieder Kinder: Sie verkaufen Bonbons, Eis, Kaugummi. Mehr als 800.000 der etwa 4,1 Millionen Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren arbeiten in Bolivien, dem ärmsten Land Südamerikas, nördlich von Argentinien gelegen und südöstlich von Peru. Das Ausrufen der Bushaltestellen ist ein typischer Kinderjob, wie viele andere Dienstleistungen auch. Das sind die Sichtbaren. Dazu kommen die, die keiner sieht: die Hausmädchen. Die, die in Werkstätten arbeiten, auf dem Land bei der Zuckerrohrrente, in den Minen in den Bergen.

Guido hat die kurzen Haare ordentlich nach hinten gekämmt, rattert routiniert die Namen der Haltestellen herunter. Erst als jeder Platz im Wagen besetzt ist, gibt der Fahrer dem Jungen eine Münze, 50 Centavos, das sind fünf Euro-Cent. Guido springt ab, drängt sich zwischen rußenden Auspuffen hindurch, sucht den nächsten leeren Bus, in dessen Tür noch kein Ausrufer steht und der ohne Fahrgäste um die Platzmitte kreist. Backsteinbauten umgeben den wuseligen Platz in El Alto, einer rund eine Million Einwohner zählenden Stadt auf 4.100 Meter Höhe. Ein Internetcafé, eine Zahnarztpraxis mit ergrauten Vorhängen, Restaurants, aus denen es nach fettigem Hühnchen riecht. Reiche Leute wohnen woanders.

Obwohl Kinderarbeit in vielen Ländern per nationaler Gesetzgebung verboten ist und nahezu alle Staaten der Welt die UN-Kinderrechtskonvention ratifiziert haben, arbeiten nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO weltweit etwa 306 Millionen Kinder und Jugendliche zwischen fünf und 17 Jahren, von denen 215 Millionen unter die Definition "Kinderarbeiter" fallen. Die meisten sind in der Landwirtschaft, in Fabriken oder als Straßenverkäufer, ohne Arbeitsvertrag tätig. In Deutschland und anderen westlichen Industrieländern gilt Kinderarbeit als eine humanitäre Katastrophe – und das oft zu Recht. Schließlich arbeiten Millionen von Kindern unter erbärmlichsten Bedingungen, nicht selten, damit wir billige Jeans und Computer kaufen können. Für einen Hungerlohn ruinieren sie ihre Gesundheit.

Das ist die eine Seite. Es gibt aber noch eine andere: Zu der gehören arbeitende Kinder in Asien, Afrika und Lateinamerika, die sich organisieren und gegen gut gemeinte Gesetze sträuben: "Eure Verbote helfen uns nicht", sagen sie und fordern Sicherheit am Arbeitsplatz, eine Krankenversicherung, schulkompatible Arbeitszeiten. Man kann sagen: Sie kämpfen für ihr Recht auf Arbeit.

Guido schüttelt den Kopf: "Meine Mutter ist eine gute Mutter. Verbietet doch zuerst den Hunger und die Armut, danach die Kinderarbeit!" Er stammt von den Aymara-Indianern im Hochland Boliviens ab. Seit Evo Morales 2006 zum Staatspräsidenten von Bolivien gewählt wurde, sind die Aymara stolz. Der Präsident ist einer von ihnen. Auch Morales hat als Kind gearbeitet. In der Kultur der indigenen Völker Boliviens übernehmen Kinder früh Verantwortung, gelten von Anfang an als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft. Ein 11-Jähriger wurde Bürgermeister einer 5.000-Einwohner-Gemeinde.

Guido hat sich den NATs angeschlossen, das sind die Niños, Niñas y Adolescentes Trabajadores, arbeitende Kinder und Jugendliche. Schon seit Ende der siebziger Jahre organisieren sich Kinder in Lateinamerika; mittlerweile gibt es Zusammenschlüsse arbeitender

Kinder in weltweit mehr als 30 Ländern. In Gambia, Senegal, Burkina Faso, Mexiko, Niger, der Mongolei – überall treffen sich die Kinder und stellen Forderungen. In Lateinamerika ist die Bewegung besonders stark, in Peru gehören etwa 14.000 Kinder verschiedenen NATs-Gruppen an. In Indien managen Straßenkinder sogar eine von einer Hilfsorganisation initiierte Kinderbank. Damit auch ein Kind, das auf der Straße lebt, ein Konto haben und Geld sparen kann für die Zukunft.

"Schau, acht Bolivianos hab ich schon", ruft Guido nach etwas mehr als einer Stunde. Er strahlt, zeigt die leichten, silbermatt glänzenden Münzen in der offenen Handfläche, ein Kilo Hühnchen gibt es für 12 Bolivianos (circa 1,30 Euro), Busfahren kostet einen. "Das geb ich alles meiner Mama!" "Fast alles", hätte er sagen sollen. Denn bevor es nach Hause geht, wirft er 50 Centavos in einen der Automaten der Spielothek am Platz. Eine Runde Video-Fußball, das muss sein.

Die internationale Arbeitsorganisation ILO, die sich weltweit gegen Kinderarbeit einsetzt, kümmert sich vor allem um abhängig beschäftigte Kinder. Angestellte, sozusagen. Aber das ist nur ein kleiner Teil der arbeitenden Kinder. Die meisten sind "selbstständig", so wie Guido. Sein Vater ist vor acht Jahren gestorben, seitdem ist er der Mann im Haus.

Die Mutter hilft einer Freundin bei Schneiderarbeiten, dafür gibt es Essen, aber kein Bargeld. Das braucht sie dringend, seit Monaten hat sie grässliche Bauchschmerzen, kann sich keinen Arztbesuch leisten. Das Neun-Quadratmeter- Zimmer in einem halbfertigen Haus, in dem Guido, seine Mutter und die Schwester wohnen, kostet nichts, weil die Familie den Rohbau bewacht. Doch bald soll das Haus verkauft werden. Dann muss Geld für Miete her. Guido arbeitet auch noch bei einem Schreiner, schmirkelt Tischbeine ab. Wenn der keine Aufträge hat, geht er wie heute zur Plaza und ruft die Bushaltstellen aus.

Bei Unicef oder der ILO spricht man nicht gern über die Forderungen der Kinder. Zur ILO-Konferenz im Mai in Den Haag kamen mehr als 450 Experten, aber kein arbeitendes Kind. Dabei widerspricht das der UN-Kinderrechtskonvention, Artikel 12: "Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife."

"Es ist ein Fehler, für die Kinder zu entscheiden, ohne sie anzuhören", sagt Elizabeth Patiño, ehemals Vize-Ministerin für Kinder, Jugendliche und ältere Menschen in Bolivien, heute Vertreterin von Terre des Hommes. "So lange die Eltern nicht genug verdienen, arbeiten die Kinder. Vernünftige Löhne für die Erwachsenen, das wäre ein erster Schritt. Wir wollen Ausbeutung verhindern, aber den arbeitenden Kindern keine Steine in den Weg legen. Die Programme zur Abschaffung der Kinderarbeit erreichten gerade mal zwei Prozent der arbeitenden Kinder. Und von diesen zwei Prozent haben viele heimlich weiter gearbeitet. Schulbücher kann man nicht essen."

Auch die Kinder greifen die internationalen Organisationen an: "Die verstehen uns nicht", sagt Mónica, wie Guido Mitglied der Kinderbewegung in El Alto. "Wir sind doch auch gegen Ausbeutung von Kindern, aber gegen die können wir nicht kämpfen, so lange wir in die Illegalität gedrängt werden."

Es ist ein stiller Krieg zwischen den Kindern und der ILO. Still, weil die Kinder nicht gehört werden, in internationalen Gremien haben sie keine Stimme. Viele Staaten haben die Abkommen über ein Verbot von Kinderarbeit mit der ILO längst unterzeichnet. Ein Experte für Kinderarbeit der ILO, im Rahmen dieses Artikels angefragt, hatte keine Zeit für ein Interview. Vielleicht war es ihm unangenehm, über die neuen Entwicklungen in Bolivien zu sprechen.

Mónica spricht leise und legt die langen braunen Haare mit dem Finger hinter die Ohren. Sie will keine Angeberin sein. Mag schon sein, dass es etwas Besonderes ist, mit zwölf Jahren die Verfassung eines Landes geändert zu haben, das gibt sie zu. Aber das hätte doch jedes Kind gemacht, sagt die heute 14-jährige Bolivianerin, es war ja höchste Zeit. Die Mutter schneidert

Röcke, davon kann sie die fünf Kinder kaum ernähren, der Vater hat sich vor Jahren nach Argentinien abgesetzt. Mónica knüpft Armbändchen und Taschen aus bunter Wolle, verkauft sie, hilft der Mutter. Die Brüder arbeiten wie Guido als Ausrufer in den Bussen.

Als Evo Morales 2006 eine neue Verfassung plante, stand im ersten Entwurf: "Kinderarbeit ist verboten". Mónica und ihre Freunde konnten es nicht fassen: "Wir helfen doch nur unseren Eltern. Und das soll verboten sein?" Zusammen sprachen sie bei mehreren Abgeordneten vor. Die meisten sagten "ja ja, schön schön". Doch dann empfing der Außenminister die Freunde. "Es ist unrealistisch, Kinderarbeit zu verbieten", erklärte ihm Mónica. "Wir müssen arbeiten, sonst essen wir nicht!" Dann dröselte sie es logisch auf: Wenn Kinderarbeit verboten ist, müssen sich die arbeitenden Kinder verstecken. Und dann wird alles nur schlimmer. Sie werden schlecht bezahlt und ausgebeutet. Arbeiten viele Stunden, müssen gefährliche Jobs machen, und das Schlimmste: Sie können böse Arbeitgeber nirgendwo anzeigen. "Wenn Kinderarbeit nicht mehr verboten ist, können wir für würdige Bedingungen kämpfen und gegen die Ausbeutung", sagte Mónica, und der Minister nickte. Er brachte sie zur verfassungsgebenden Versammlung, dort wiederholte Mónica ihre Ansprache.

"Danach passierte ein kleines Wunder", sagt sie. "Das Verbot von Kinderarbeit wurde gestrichen." Der Artikel 61 Absatz zwei der bolivianischen Verfassung lautet nun: "Zwangsarbeit und Ausbeutung von Kindern sind verboten. Aktivitäten, die Kinder im familiären und sozialen Rahmen ausüben, dienen ihrer integralen Entwicklung als Bürgerinnen und Bürger und haben eine bildende Funktion."

Mónica und ihre Freunde jubelten und riefen die anderen Kinder zusammen. "Wir erklärten allen, dass wir nun keine Verbrecher mehr sind", sagt Mónica. "Aber die Verfassung alleine reicht nicht, sie ist nur die Grundlage. Was fehlt, sind neue Gesetze. Damit wir uns in Zukunft wirklich gegen Ausbeuter wehren können."

<http://www.bpb.de/internationales/amerika/lateinamerika/44652/kinderarbeit?p=all>
abgerufen am 03.02.2015

Kindergewerkschaften

ProNATs ist ein gemeinnütziger Verein, der sich für die Rechte insbesondere von arbeitenden Kindern weltweit einsetzt. Wir pflegen Kontakte zu den Bewegungen arbeitender Kinder in Afrika, Asien und Lateinamerika, setzen uns politisch für sie ein und machen Bildungsangebote zum Thema in Deutschland. ProNATs versteht sich als solidarischer Partner der Bewegungen und Organisationen arbeitender Kinder und Jugendlicher (NATs/EJT/WCY) in den Kontinenten des Südens, zu denen regelmäßiger Kontakt besteht. Wir versuchen, die Erfahrungen und Anliegen dieser Bewegungen im deutschsprachigen Raum bekannt zu machen und dazu beizutragen, sie besser zu verstehen. Darüber hinaus vermitteln wir Kontakte zu den Kinderbewegungen und versuchen, Personen und Organisationen (insbesondere von Jugendlichen) für deren Unterstützung zu gewinnen. Dazu gehört auch die Veranstaltung von Fachtagungen und die Beantwortung zahlreicher Anfragen interessierter Personen und Organisationen zum Thema Kinderarbeit und arbeitende Kinder. Um die Unterstützungsbasis zu verbreiten, arbeitet ProNATs im „Deutschen NRO-Forum Kinderarbeit“ mit Organisationen wie terre des hommes, Kindernothilfe und Brot für die Welt zusammen.

pronats e.V. über die Bewegungen arbeitender Kinder und Jugendlicher

Arbeitende Kinder und Jugendliche haben sich in Afrika, Asien und Lateinamerika in eigenen Organisationen zusammengeschlossen, um gemeinsam für ihre Rechte zu kämpfen und in ihren Ländern ebenso wie international mehr Einfluss zu gewinnen.

Wer sind die "NATs"?

Als NATs bezeichnen sich die arbeitenden Kinder und Jugendlichen in Lateinamerika, die sich in eigenen sozialen Bewegungen organisiert haben. NATs ist eine Abkürzung der spanischen Bezeichnung „Niños, Niñas y Adolescentes Trabajadores“. In Ländern, in denen Englisch oder Französisch gesprochen wird, haben sich andere Kurzbezeichnungen wie WCY (= Working Children and Youth) oder EJT (= Enfants et Jeunes Travailleurs) eingebürgert.

Weltweit arbeiten nach Schätzungen der ILO (International Labour Organisation) ungefähr 350 Millionen Kinder im Alter von 5 bis 17 Jahren. Die meisten arbeiten in der Landwirtschaft (z. B. subsistenzorientierte Familienökonomie, Exportplantagen) und im sogenannten informellen Sektor der großen Städte (z. B. auf der Straße, in Werkstätten, Haushalten wohlhabender Familien und anderen Dienstleistungen). Diese Kinder arbeiten, um für sich und ihre Familien Geld zu verdienen, aber nutzen ihren Verdienst vielfach auch, um sich eine Schulbildung zu finanzieren. Die meisten von ihnen leben und arbeiten unter Bedingungen, die ihre Menschenwürde verletzen und ihre persönliche Entwicklung gefährden.

Ende der 1970er Jahre haben sich erstmals in Lateinamerika arbeitende Kinder zu sozialen Bewegungen zusammengeschlossen. Seit den 1990er Jahren entstehen auch in Afrika und in Teilen Asiens Zusammenschlüsse arbeitender Kinder. Gemeinsam woll(t)en sie für bessere Arbeitsbedingungen, Respekt und Partizipation kämpfen. In der Praxis findet man zwei verschiedene Formen von Kinderbewegungen, die sich in der Art und Weise ihrer Entstehung unterscheiden. Zum einen wird von spontanen Formen der Selbstorganisation arbeitender Kinder gesprochen, die hauptsächlich an ihren Lebens- und Arbeitsorten in den Städten oder Regionen entstehen. Aufgrund von z. B. Erfahrungen oder Auseinandersetzungen mit skeptischen bis feindlichen Erwachsenengruppen werden diese von den Kindern meist selbst initiiert. Zum anderen haben sich Organisationsformen entwickelt, die über landesweit angelegte Strukturen verfügen. Ihre Mitglieder sind meist zwischen 6 und 18 Jahre alt. Bei dieser zweiten Form der Kinderbewegung geht die Initiative oft von Erwachsenen oder Jugendlichen

aus, die sich für die Rechte und Belange der Kinder einsetzen. Gleichwohl steht die Mitwirkung von Erwachsenen dem Autonomieanspruch der Kinderbewegungen weder in dieser noch in der erst genannten Form entgegen. Aufgrund des marginalen Status der Kinder und ihrer geringeren sozialen Anerkennung als handlungs- und organisationsfähige Subjekte ist die Unterstützung von Erwachsenen oder Jugendlichen meist sogar unvermeidlich. Sie wird sogar von den Kindern oft selbst gewünscht. Hervorzuheben ist allerdings, dass die Erwachsenen nicht leitende, sondern beratende Funktionen wahrnehmen, d.h. die Kinder in jeder Hinsicht bei der selbständigen Artikulation und Organisation ihrer Interessen und Rechte respektieren und unterstützen.

Finanziert werden die Kinderbewegungen über verschiedene Wege. Beispielsweise arbeiten sie mit Nichtregierungsorganisationen und anderen ihnen wohlgesonnenen Institutionen zusammen, die sie auch finanziell unterstützen. Des weiteren gibt es in den meisten Kinderbewegungen Mitgliedsbeiträge, die unterschiedlich eingezogen werden. Einige Organisationen stellen Mitgliedskarten her, dessen Kaufpreis als Mitgliedsbeitrag gezahlt wird, oder der Beitrag wird direkt vom Lohn jedes Mitglieds bezahlt. Auch werden Veranstaltungen (z. B. Theatervorstellungen, Fußballspiele) und Arbeitsprojekte (z. B. Herstellung von Kunsthandwerk) von den Bewegungen organisiert, um deren Einnahmen wiederum für Aktivitäten der Kinderbewegung zu verwenden. Manche Kinderbewegungen haben einen Solidaritätsfond geschaffen, aus dem lebensnotwendige Ausgaben einzelner Kinder bestritten werden, die anders ihre Notlage nicht bewältigen können. Das Geld für den Fond erbitten sie zum Beispiel von Geschäftsleuten, Ärzten und anderen Personen, die über Ressourcen verfügen, oder zahlen selbst einen Teil ihres Verdienstes ein.

Bei aller Verschiedenheit der Organisationsformen, der Herkunft und des kulturellen Kontextes der sich in allen Kontinenten organisierenden Kinder lassen sich einige Gemeinsamkeiten erkennen.

Die arbeitenden Kinder

- schaffen in gemeinsamer Anstrengung und Verantwortung eigene Ziele und selbstbestimmte Normsysteme und Strukturen.
- berufen sich auf die weltweite Verbindlichkeit der Menschenrechte, insbesondere der Rechte, die in der UN-Konvention über die Rechte des Kindes (1989) festgelegt sind.
- fordern neben Respekt und Anerkennung ihrer Arbeit auch Partizipation in allen sie betreffenden Belangen.

Vor allem wenden sich die arbeitenden Kinder und Jugendlichen dagegen, ihre Arbeit zu verbieten und abschaffen zu wollen weil sie dadurch in die Illegalität gedrängt und kriminalisiert werden. Statt dessen verlangen sie, Armut und Ausbeutungsverhältnisse ins Visier zu nehmen und die Kinder dabei zu unterstützen, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu erreichen. Sie wollen in Würde und freier Entscheidung arbeiten können, ihre Gesundheit nicht gefährden und Zeit zum Spielen und für die Schule haben. Die Kinder – unabhängig, ob in Asien, Lateinamerika oder Afrika – wollen weiter ihre Familien unterstützen und eine anerkannte, aktive Rolle in ihrer Gesellschaft spielen. Mitunter haben die Initiativen der Kinderbewegungen auch schon dazu beigetragen, ihre Lebenssituation zu verbessern.

Die Organisationen arbeitender Kinder verlangen bessere Bildungsmöglichkeiten und kostenlosen Zugang zur Schule ebenso wie zu Gesundheitsdiensten. Sie bestehen darauf, öffentliche Räume wie Straßen und Plätze nutzen zu können, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen und auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Um die ihnen in der UN-Kinderrechtskonvention zugebilligten Rechte Wirklichkeit werden zu lassen, halten die Kinder es für unabdingbar, dass ihre Organisationen sozial und rechtlich anerkannt werden und die Möglichkeit erhalten, in allen Angelegenheiten, die sie betreffen, mitzubestimmen. Sie

verlangen von Regierungen und internationalen Organisationen, die enorme soziale Ungleichheit in ihren Ländern und zwischen Nord und Süd zu bekämpfen.

Neben dem verstärkten Einfluss, den arbeitende Kinder in der Gesellschaft zu erlangen versuchen, verstehen sie ihre Organisation auch als ein Mittel, um ein besseres Leben herbeizuführen. Zum Beispiel wird die Bewegung als Schutz vor Ausbeutung, schlechter Behandlung und der Geringschätzung durch die Gesellschaft wahrgenommen. Innerhalb ihrer Organisation fühlen sich die Kinder als würdige, fähige und vollwertige Personen und empfinden Stolz für ihre Arbeit. Dort können sie sich auch bilden, finden Raum für Solidarität und für die Erarbeitung von Vorschlägen und Alternativen zum bestehenden System von Armut und Gewalt, das für sie unzumutbar ist.

Die Forderungen der Kinderbewegungen stoßen weltweit auf große Widerstände. Ein Grund dafür ist sicherlich, dass die Vorstellungen und Forderungen der Bewegungen arbeitender Kinder und Jugendlicher sich oft nicht mit dem decken, was Regierungen und internationale Organisationen wie die ILO für richtig halten. Ein nicht minder wichtiger Grund sind die grundverschiedenen Paradigmen von Kindheit, die aufeinanderstoßen. Die Kinder bestehen darauf, als arbeitende Kinder anerkannt zu werden. Dies widerspricht jedoch der gängigen (vor allem in den Industrienationen vorherrschenden) Vorstellung sowohl einer „beschützten Kindheit“, für deren Wohl die Erwachsenen zuständig sind, als auch die Vorstellung, dass Kindheit und Arbeit sich ausschließen. Von daher sind die Aktionen beider Seiten verschieden angelegt: die einen wollen Gleichberechtigung – die anderen Schutz. Hier einen Konsens zu entwickeln, wird Aufgabe künftiger Treffen sein.

In einigen Ländern des Südens werden die Organisationen jedoch als legitime Vertretung der arbeitenden Kinder anerkannt. In manchen Städten – wie in Dakar (Senegal), La Paz (Bolivien) oder Lima (Peru) – haben Stadtverwaltungen und Regierungen mit den Kinderorganisationen Vereinbarungen über bessere Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten, den Schutz vor polizeilichen Übergriffen oder kostenlose Krankenversorgung der arbeitenden Kinder getroffen. Ebenso gibt es vereinzelt Gewerkschaften, die die Organisationen der arbeitenden Kinder als Partner akzeptieren oder sie als Mitglieder aufnehmen.

Meist werden die Organisationen der arbeitenden Kinder allerdings nicht gerne gesehen, ignoriert oder sogar als subversive Kräfte verdächtigt und diskriminiert. Dass Kinder politische Forderungen stellen, gilt als anrühlich und nicht kindgemäß. Demgegenüber verweisen die arbeitenden Kinder darauf, dass sie schon früh Verantwortung übernehmen und sich im Leben behaupten müssen und damit auch das Recht haben, im Leben mitreden zu können. Sie wollen nicht länger vom gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt und dem Wohlwollen der Erwachsenen ausgeliefert sein. Gewählte Delegierte der NATs-Bewegungen kommen alle ein bis zwei Jahre auf nationalen und internationalen Treffen zusammen, um ihre Erfahrungen auszutauschen, die Lebenssituation der arbeitenden Kinder in anderen Teilen ihres Landes oder in anderen Ländern ihres Kontinents zu studieren, um gemeinsame Forderungen und Vorschläge zu formulieren und Aktionen und Strategien abzusprechen. Oft werden die Kindertreffen von Treffen erwachsener Unterstützer_innen begleitet. In Afrika und Lateinamerika besteht je eine kontinentale Koordinationsstelle, in Asien ist eine mehrere Länder übergreifende Organisationsstruktur im Entstehen. Das erste Treffen auf Weltebene fand im Dezember 1996 in Kundapur (Indien) statt (siehe die „10 Punkte von Kundapur“, die bis heute wegweisend für die NATs-Bewegungen sind). Das zweite Welttreffen fand im April 2004 in Berlin, das dritte im Oktober 2006 in Siena (Italien) statt.

Die Forderungen von Kundapur 1996

Abschlussklärung des I. Welttreffens der Bewegungen arbeitenden Kinder und Jugendlicher in Kundapur, Indien, 24. November bis 08. Dezember 1996 (Die "10 Punkte von Kundapur")

1. Wir wollen, daß unsere Probleme, unsere Vorschläge, Bemühungen und Organisationen beachtet und anerkannt werden.
2. Wir sind gegen den Boykott von Waren, die von Kindern gemacht wurden.
3. Wir wollen Respekt und Sicherheit für uns und die Arbeit, die wir leisten.
4. Wir wollen Unterricht, in dem wir etwas über unsere Situation und für unser Leben lernen.
5. Wir wollen eine Berufsausbildung, die unseren Fähigkeiten und unserer Lebenssituation entspricht.
6. Wir wollen eine gute Gesundheitsversorgung, die für arbeitende Kinder zugänglich ist.
7. Wir wollen bei allen Entscheidungen gefragt werden, die uns betreffen, egal ob diese Entscheidungen in unseren Städten und Dörfern, unseren Ländern oder international getroffen werden.
8. Wir wollen, daß die Ursachen für unsere Situation, vor allem die Armut, benannt und bekämpft werden.
9. Wir wollen, daß auf dem Land Lebensmöglichkeiten erhalten oder geschaffen werden, so daß Kinder nicht in Städte abwandern müssen.
10. Wir sind gegen die Ausbeutung unserer Arbeit, wir wollen in Würde arbeiten und Zeit zum Lernen, Spielen und Ausruhen haben.

Wir wollen, daß die arbeitenden Kinder auf den großen Konferenzen gehört werden. Wenn 20 Minister zu einer Konferenz kommen, dann sollen auch 20 Kinderarbeiter da sein. Wir wollen mit den Ministern diskutieren, sie sollen nicht über unsere Köpfe hinweg über uns reden.

An dem Treffen nahmen 34 Delegierte teil, die arbeitende Kinder aus 33 Ländern in Afrika, Lateinamerika und Asien repräsentierten.

Kailash Satyarthi, Friedensnobelpreisträger 2014

Kämpfer gegen Kindersklaverei – Artikel der FAZ

10.10.2014, von MICHAEL RADUNSKI, DELHI

Seit Jahrzehnten hat sich Kailash Satyarthi dem Kampf gegen Kinderarbeit verschrieben. Längst beschränkt sich sein Engagement nicht mehr auf Indien. Für das Komitee in Stockholm steht der Friedensnobelpreisträger in der Tradition Mahatma Gandhis.



© REUTERS  Im Fokus der Reporter: Kailash Satyarthi in Delhi kurz nach der Bekanntgabe des Friedensnobelpreis-Komitees

Kailash Satyarthi war sechs Jahre alt, als er auf dem Weg zur Schule auf der anderen Straßenseite einen Jungen in seinem Alter bemerkte. Doch der andere Junge ging nicht wie er zur Schule. Er hatte nicht die Möglichkeit, in den kargen Klassenräumen der Dorfschule Lesen und Schreiben zu lernen. Denn der fremde Junge saß zusammen mit seinem Vater am Bordsteinrand und putzte Schuhe. Jeden Tag, von morgens bis abends. Kailash schämte sich für die Chancen, die er hatte und die dem anderen Jungen verwehrt blieben.

Wie jenem Jungen aus Satyarthis Kindheit ergeht es alleine in Indien schätzungsweise 12,6 Millionen Kindern. Sie alle müssen Tag für Tag arbeiten, eine unbeschwerter Kindheit wird ihnen nicht gewährt. Sie putzen Schuhe, sammeln Müll, schlagen Steine, verkaufen Obst oder servieren Tee. Nach ihren Träumen und Wünschen fragt niemand. Nur nach dem Geld, das sie abends nach Hause bringen. Es ist ein grauenvoller Missstand, den Kailash Satyarthi seit jenem Schultag nicht hinnehmen wollte. Es dauerte nicht lange, da wurde er selbst aktiv. Mit gerade einmal 11 Jahren begann er Geld zu sammeln für Familien, die ihre Kinder aus finanziellen Gründen nicht in die Schule schicken konnten.

Einsatz unter Lebensgefahr

Im Alter von 26 Jahren fasste Satyarthi den Entschluss, sich voll und ganz dem Kampf gegen Kindersklaverei zu widmen. Seinen Beruf als Elektroingenieur gab er kurzerhand auf und

gründete die Organisation „Bachpan Bachao Andolan“ (Bewegung zur Rettung der Kindheit). Sie umfasst inzwischen mehr als 470 Partnerorganisationen in Indien, Pakistan, Nepal, Bangladesch, Bhutan und Sri Lanka und ist weltweit eine führende Institution im Kampf gegen Kinderarbeit. In Indien wurden zudem 18 Rehabilitationszentren für ehemalige Kindersklaven eingerichtet.

Satyarthi und seine Mitstreiter retteten seither allein in seiner Heimat mehr als 80.000 Kinder aus Sklaverei und Schuldknechtschaft, teils unter lebensgefährlichem Einsatz. Denn meist sind Fabriken, in denen Kinder arbeiten müssen, durch Sicherheitskräfte streng bewacht. Satyarthi sagt selbst, dass er mehrfach brutal angegriffen wurde.

„Weltweiter Marsch“

och Satyarthis Arbeit beschränkt sich nicht auf Indien: Er trug dazu bei, Menschen auf der ganzen Welt auf das Thema Kinderarbeit aufmerksam zu machen. Die Gründung des so genannten Rugmark-Siegels trug dazu bei, Konsumenten beim Einkauf auf die Herkunft von Produkten aufmerksam zu machen. Das Siegel kennzeichnet Produkte (vor allem Teppiche), die in überprüften Betrieben ohne Kinderarbeit hergestellt wurden. Seit der Einführung des Siegels und einer gleichnamigen Organisation soll die Kinderarbeit in der Teppichindustrie um etwa zwei Drittel zurückgegangen sein. Solche Erfolge spornten Satyarthi weiter an. 1998 organisierte er den „Weltweiten Marsch gegen Kinderarbeit“, der über mehr als 80.000 Kilometer durch Asien, Afrika, Amerika, Australien und Europa führte und schließlich in Genf endete. Nicht Indien, nicht die Einkaufsläden im Westen, die ganze Welt wollte er auf das Thema Kinderarbeit hinweisen. „Wir wollen bis zur Jahrtausendwende die Welt frei von Kinderarbeit machen“, sagte er damals. Das gelang ihm leider nicht. Trotz einiger Erfolge werden nach Angaben der Internationalen Arbeiterorganisation noch immer weltweit mehr als 168 Millionen Kinder zur Arbeit gezwungen.

„Wenn nicht jetzt, wann dann?“ und „Wenn nicht Du, wer sonst?“ Es sind solche Fragen, die Kailash Satyarthi häufig stellt. Nicht vorwurfsvoll. Vielmehr veranschaulichen sie den inneren Antrieb des 60 Jahre alten Inder. „Wenn wir in der Lage sind, diese Fragen zu beantworten, können wir vielleicht den Schandfleck der Kindersklaverei ausmerzen“, sagt Satyarthi. Für sein unermüdliches Engagement hat Satyarthi zahlreiche Auszeichnungen erhalten, darunter 1994 den Aachener Friedenspreis und 1999 den Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung. Nun, im Alter von 60 Jahren, hat Kailash Satyarthi zusammen mit der pakistanischen Kinderrechtlerin Malala Yousafzai den Friedensnobelpreis erhalten. Das Komitee in Stockholm sagte, Satyarthi stehe in der Tradition von Mahatma Gandhi, indem er friedlich gegen die grausame Ausbeutung von Kindern kämpfte.

Satyarthi selbst widmete seine Auszeichnung den Kindern, für deren Rechte er seit Jahrzehnten kämpft. „Mit diesem Preis finden die Stimmen von Millionen von Kindern Gehör - Stimmen, die bislang nicht gehört wurden“, sagte Satyarthi dem indischen Nachrichtensender NDTV. Die Auszeichnung könne alle Menschen in Indien glücklich machen, sagte Satyarthi. „Es ist eine Ehre für die 1,25 Milliarden Inder. Es ist das erste Mal, dass ein Inder den Friedensnobelpreis gewonnen hat.“

<http://www.faz.net/aktuell/wissen/nobelpreise/kailash-satyarthi-kaempfer-gegen-kindersklaverei-13200875.html>
abgerufen am 03.02.2015

Kailash Satyarthi - Nobel Lecture

Nobel Lecture by Kailash Satyarthi, Oslo, 10 December 2014.

Let Us Globalise Compassion, and Set Our Children Free

Your Majesties, Your Royal Highnesses, Excellencies, distinguished members of the Norwegian Nobel Committee, dear brother Tom Harkin, brothers and sisters, and my dear daughter Malala.

From this podium of peace and humanity, I am deeply honoured to recite a mantra from the ancient texts of wisdom, Vedas. This mantra carries a prayer, an aspiration and a resolve that has the potential to liberate humanity from all man-made crises.

Let's walk together. In the pursuit of global progress, not a single person should be left out or left behind in any corner of the world, from East to West, from South to North.

Let's speak together, let our minds come together! Learning from the experiences of our ancestors, let us together create knowledge for all that benefits all.

I bow to my late parents, to my motherland India, and to the mother earth.

With a warm heart I recall how thousands of times, I have been liberated, each time I have freed a child from slavery. In the first smile of freedom on their beautiful faces, I see the Gods smiling.

I give the biggest credit of this honour to my movement's Kaalu Kumar, Dhoom Das and Adarsh Kishore from India and Iqbal Masih from Pakistan who made the supreme sacrifice for protecting the freedom and dignity of children. I humbly accept this award on behalf of all such martyrs, my fellow activists across the world and my countrymen.

My journey from the great land of Lord Buddha, Guru Nanak and Mahatma Gandhi; India to Norway is a connect between the two centres of global peace and brotherhood, ancient and modern. Friends, the Nobel Committee generously invited me to deliver a "lecture."

Respectfully, I am unable to do that.

I represent here the sound of silence. The cry of innocence. And, the face of invisibility. I have come here to share the voices and dreams of our children, our children, because they are all our children. I have looked into their frightened and exhausted eyes. And I have heard their urgent questions: Twenty years ago, in the foothills of the Himalayas, I met a small, skinny boy. He asked me: "Is the world so poor that it cannot give me a toy and a book, instead of forcing me to take a tool or gun?" I met with a Sudanese child-soldier who was kidnapped by an extremist militia. As his first training, he was forced to kill his friends and family. He asked me: "What is my fault?"

Twelve years ago, a child-mother from the streets of Colombia – trafficked, raped, enslaved – asked me this: "I have never had a dream. Can my child have one?"

There is no greater violence than to deny the dreams of our children.

The single aim of my life is that every child is:

free to be a child,

free to grow and develop,

free to eat, sleep, see daylight,

free to laugh and cry,

free to play,

free to learn, free to go to school, and above all,

free to dream.

All the great religions tell us to care for children. Jesus said: "Let the children come to me; do not hinder them, for the kingdom of God belongs to them." The Holy Quran says: "Kill not your children because of poverty."

I refuse to accept that all the temples and mosques and churches and prayer houses have no place for the dreams of our children.

I refuse to accept that the world is so poor, when just one week of global spending on armies is enough to bring all of our children into classrooms.

I refuse to accept that all the laws and constitutions, and the judges and the police are not able to protect our children.

I refuse to accept that the shackles of slavery can ever be stronger than the quest for freedom.

I REFUSE TO ACCEPT.

I am privileged to work with many courageous souls who also refuse to accept. We have never given up against any threat and attack, and we will never. Undoubtedly, progress has been made in the last couple of decades. The number of out of school children has been halved. Child mortality and malnutrition has been reduced, and millions of child deaths have been prevented. The number of child labourers in the world has been reduced by a third. Make no mistake, great challenges still remain.

Friends, the biggest crisis knocking on the doors of humanity today is intolerance.

We have utterly failed in imparting an education to our children. An education that gives the meaning and objective of life and a secure future. An education that builds a sense of global citizenship among the young people. I am afraid that the day is not far when the cumulative result of this failure will culminate in unprecedented violence that will be suicidal for humankind.

Yet, young people like Malala, are rising up everywhere and choosing peace over violence, tolerance over extremism, and courage over fear.

Solutions are not found only in the deliberations in conferences and prescriptions from a distance. They lie in small groups and local organisations and individuals, who confront the problem every day, even if they remain unrecognised and unknown to the world

Eighteen years ago, millions of my brothers and sisters in 103 countries marched across 80,000 kilometres. And, a new international law against child labour was born. We have done this. You may ask: what can one person do? Let me tell you a story I remember from my childhood: A terrible fire had broken out in the forest. All the animals were running away, including the lion, king of the forest. Suddenly, the lion saw a tiny bird rushing towards the fire. He asked the bird, "what are you doing?" To the lion's surprise, the bird replied "I am on my way to extinguish the fire." He laughed and said, "how can you kill the fire with just one drop of water, in your beak?" The bird was adamant, and said, "But I am doing my bit."

You and I live in the age of rapid globalisation. We are connected through high-speed Internet. We exchange goods and services in a single global market. Each day, thousands of flights connect us to every corner of the globe.

But there is one serious disconnect. It is the lack of compassion. Let us inculcate and transform the individuals' compassion into a global movement. Let us globalise compassion. Not passive compassion, but transformative compassion that leads to justice, equality, and freedom. Mahatma Gandhi said, "If we are to teach real peace in this world... we shall have to begin with the children." I humbly add, let us unite the world through the compassion for our children. Whose children are they who stitch footballs, yet have never played with one? They are our children. Whose children are they who mine stones and minerals? They are our children. Whose children are they who harvest cocoa, yet do not know the taste of a chocolate? They are all our children.

Devli was born into intergenerational debt and bonded labour in India. Sitting in my car immediately after her rescue the eight-year-old girl asked: Why did you not come earlier? Her angry question still shakes me – and has the power to shake the world. Her question is for all of us. Why did we not come earlier? What are we waiting for? How many more Devlis will we allow to go without rescue? How many more girls will be abducted, confined and abused? Children, like Devli across the world are questioning our inaction and watching our actions. We need collective actions with a sense of urgency. Every single minute matters, every single child matters, every single childhood matters.

I challenge the passivity and pessimism surrounding our children. I challenge this culture of silence, this culture of neutrality.

I, therefore, call upon all the governments, intergovernmental agencies, businesses, faith leaders, the civil society, and each one of us, to put an end to all forms of violence against children. Slavery, trafficking, child marriages, child labour, sexual abuse, and illiteracy have no place in any civilised society.

Friends, we can do this.

Governments must make child friendly policies, and invest in education and young people. Businesses must be more responsible and open to innovative partnerships. Intergovernmental agencies must work together to accelerate action. Global civil society must rise above business-as-usual and scattered agendas. Faith leaders and institutions, and all of us must stand with our children. We must be bold, we must be ambitious, and we must have the will. We must keep our promises.

Over fifty years ago, on the first day of my school I met a cobbler boy my age sitting at the school gate, polishing shoes. I asked my teachers these questions: "Why is he working outside? Why is he not coming to school with me?" My teachers had no answer. One day, I gathered the courage to ask the boys' father. He said: "Sir, I have never thought about it. We are just born to work." This made me angry. It still makes me angry. I challenged it then, and I am challenging it today.

As a child, I had a vision of tomorrow. That cobbler boy was studying with me in my classroom. Now, that tomorrow has become TODAY. I am TODAY, and you are TODAY. TODAY it is time for every child to have the right to life, the right to freedom, the right to health, the right to education, the right to safety, the right to dignity, the right to equality, and the right to peace.

TODAY, beyond the darkness, I see the smiling faces of our children in the blinking stars. TODAY, in every wave of every ocean, I see our children playing and dancing. TODAY, in every plant, tree, and mountain, I see that little cobbler boy sitting with me in the classroom.

I want you to see and feel this TODAY inside you. My dear sisters and brothers, may I ask you to close your eyes and put your hand close to your heart for a moment? Can you feel the child inside you? Now, listen to this child. I am sure you can!

Today, I see thousands of Mahatma Gandhis, Martin Luther Kings, and Nelson Mandelas marching forward and calling on us. The boys and girls have joined. I have joined in. We ask you to join too.

Let us democratise knowledge. Let us universalise justice.

Together, let us globalise compassion, for our children!

I call upon you in this room, and all across the world.

I call for a march from exploitation to education, from poverty to shared prosperity, a march from slavery to liberty, and a march from violence to peace.

Let us march from darkness to light. Let us march from mortality to divinity.

Let us march!